Sommer 1996 / Nummer 5 Preis: 25 Schilling / 3,50 DM Solidaritätspreis: 35 Schilling

Solidaritätspreis: 35 Schilling DIE Solidaritätspreis: 35 Schilling DIE Solidaritätspreis: 35 Schilling Solidaritätspreis: 35 Schilling Solidaritätspreis: 35 Schilling Solidaritätspreis: 35 Schilling

Gegenwehr ★ Solidarität ★ Sozialismus

Sparen bei der Gesundheit?

Die Krankenversicherungen sind pleite. Heuer feh!en an die vier und nächstes Jahr über sechs Milliarden Schilling - wenn nichts getan wird. Wenn alle geplanten Kürzungen durchgeführt werden, schätzen die Krankenkassen ihr voraussichtliches Defizit noch immer auf: 1996 3,6 Mrd., 1997 3,2 Mrd., 1998 3,6 Mrd. und 1999 3,4 Milliarden öS. Auch wenn die Zahlen sehr ungenau sind, heißt das nichts anderes: Die Krankenkassen fordern mehr Leistungskürzungen oder mehr Einnahmen. Die Regierung wird also ein weiteres Belastungspaket für die arbeitende Bevölkerung schnüren (denn die bereits beschlossenen Kürzungen belaufen sich auf "nur" 2,4 Mrd. öS). "Sparpaket" heißt eben Verschlechterung der Leistungen der Krankenversicherungen und jede Menge finanzieller Belastungen für die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien.

David Mum, SOV-Ortsgruppe NÖ Thomas Kerschbaum, SOV-Wien, Personalvertreter, GdG-Mitglied

Es gibt zwischen SPÖ und ÖVP noch Unterschiede, wie die fehlenden Milliarden durch Einnahmen hereingebracht werden sollen, aber eines steht fest: Es gib: bereits ein umfassendes Kürzungs- und Belastungsprogramm der "Sozialpartner" also von der Wirtschaftskammer und der ÖGB-Führung: Verringerung der Krankengeldbezugsdauer von derzeit 78 auf das gesetzliche Mindestmaß von derzeit 26 Wochen, Kürzungen und Selbstbehalte bei Kuren usw. In den Spitälern und Gesundheitseinrichtungen stehen auch Leistungskürzungen und Preiserhöhungen ins Haus. Außerdem verschlechtern sich die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie die Löhne der Beschäftigten in den Gesundheitseinrichtungen. Bund, Länder und Gemeinden bauen Personal aufgrund der Budgetdefizite ab und die politisch Verantwortlichen fordern Null-Lohnrunden.

Finanzielle Umschichtungen sollen die Krankenkassen entlasten. Aber: Wenn das Geld vom Staat kommt, zahlen nur wieder die ArbeitnehmerInnen durch ihre Steuern. Den Beschäftigten in den Sozialversicherungen drohen ebenfalls Null-Lohnrunden, außerdem ein Einstellungsstopp und die rasche Reduzierung von Frühpensionierungen und Überstunden.

SPÖ will Beitragserhöhungen

Die SPÖ-Führung strebt an, den Beitrag für die Sozialversicherung (SV) zu erhöhen. Das würde bedeuten, daß auch ein Anteil von den Unternehmern gezahlt werden müßte. Der GPA-Vorsitzende will als finanziellen Ausweg eine eigene Sozialversicherung für "Freizeit"-Unfälle einführen, die die Gebietskrankenkassen in der Höhe von 3 bis 5 Milliarden entlasten könnte. Diesen SV-Beitrag müßten nur die ArbeitnehmerInnen zahlen, der SV-Beitrag der Unternehmer würde sich durch Umschichtungen nicht erhöhen. Allerdings darf man sich darüber nicht hinweg-

täuschen, daß die Kapitalisten auch bei Erhöhung ihres SV-Anteils die Kosten auf die Beschäftigten wieder umzulegen versuchen würden, zum Beispiel durch Lohnkürzungen. Es ist ja bekanntlich der Wirtschaftsstandort Österreich akut gefährdet, also müssen - so sagt die Regierung - die Kapitalisten entlastet werden. Die Regierung hat in ihrem Programm festgeschrieben, daß die Belastung der Unternehmen durch "Lohnnebenkosten" nicht steigen darf. Also wenn die SPÖ-Führung die Erhöhung der SV-Beiträge einführen will, wird sie den Kapitalisten ein Tauschgeschäft anbieten und diese irgendwo entlasten. Wirtschaftskammer und Liberales Forum fordern außerdem, daß der erste Krankenstandstag auf den Urlaub der ArbeitnehmerInnen anzurechnen ist. Die FPÖ ist auch für die Kapitalisten aktiv: FP-Geschäftsführer Schweitzer schlägt vor, Kuraufenthalte auch vom Urlaub abzuziehen. Wer sich außerdem nicht regelmäßig untersuchen läßt, soll kräftige Risikozuschläge an die Krankenkasse zahlen. Schweitzer im O-Ton: "Wie kommt die Allgemeinheit dazu, daß sie permanent die Kuraufenthalte jener finanziert, die sich das ganze Jahr gehen lassen?" (Presse von 7.6.1996) Gesundheitspolitik a la FPÖ: Zwang und Disziplinierung statt Gesundheitsförderung und Überzeugung. Außerdem ist die FPÖ anscheinend wie die Wirtschaftskammer der Meinung, daß Krankheiten Privatsache sind und daß finanzielle Belastungen der ArbeitnehmerInnen der Gesundheitsförderung dienlich sind.

Im übrigen ist eine Tatsache völlig aus der öffentlichen Diskussion ausgeklammert: Die Kapitalisten (sprich privaten Unternehmer) haben nicht nur Milliarden Steuerschulden, die anscheinend niemand in der Regierung eintreiben will, die Unternehmer haben auch bei den Krankenkassen Millionen Schulden. Allein der defizitären Wiener Gebietskrankenkasse schulden alle säumigen Firmen zusammen derzeit rund 2,6 Milliarden Schilling, laut einer Auskunft von Martin Mayr, Leiter der Abteilung Sozialpolitik in der Wirtschaftskammen an den Standard (Quelle: Standard, 11.6.1996). "Das Gros dieser Schulden ist uneintreibbar, weil die Firmen inzwischen bankrott gegangen sind und daher keinerlei Hoffnung auf Bezahlung mehr besteht. Etwa 900 Millionen S machen nach Schätzungen Mayrs die eintreibbaren Außenstände aus." Selbst die schleppende Bezahlung ist ein Riesengeschäft für die Kapitalisten durch den Zinsgewinn - geschweige denn die Verweigerung der Bezahlung der SV-Beiträge. Auch hier wird wieder mit zweierlei Maß - wie bei den Steuern - gemessen: Die Kapitalisten haben eine weitgehende "Freiheit" in der Gestaltung bzw. Bezahlung ihrer staatlichen bzw. gesetzlich vorgeschriebenen Abgaben. Die Wirtschaftskammer lehnt außerdem die gesetzliche Verlängerung der Krankengeldbezugsdauer von 26 auf 52 Wochen ab, denn - so Martin Mayr von der Wirtschaftskammer - "das wäre bei der gegebenen Finanzlage ein Signal in die falsche Richtung." Die Wirtschaftskammer will eine Gebühr von 50,- öS für jeden der 28 Millionen Krankenscheine. Dieser Selbstbehalt würde den Kassen theoretisch 1,4 Mrd. öS bringen. Allerdings blieben nach Abzug für Vergünstigungen für sozial Bedürftige wahrscheinlich nur 600 Millionen übrig, ungefähr 15 Prozent braucht man dann noch für den Verwaltungsaufwand.

Das heißt: Die sogenannte "ausgewogene und gerechte" Belastung aller Bevölkerungsgruppen ist nichts als Propaganda, um ein weiteres "Sparpaket" auch so leicht durchsetzen zu können.

Die Regierung will auch in den SV-Trägern durch Abbau von Arbeitsplätzen, durch Deckelung der Profite für Ärzte, Apotheken und Pharmaindustrie sparen. Aber ein paar Millionen Profit weniger für die Pharma-Konzerne ändert nichts am System, das riesige Profite in die Hände

der Privatwirtschaft - ob Pharmaindustrie, Ärzte, Apotheker usw. - fließen läßt. Nur ein Beispiel: Die gleichen Medikamente sind im Vergleich mit Deutschland oder Italien viel teurer. Die Pharmaindustrie versteht, die wirtschaftlichen Strukturen trefflich auszunutzen und riesige Profite abzuschöpfen. Die Profite, Strukturen sowie Besitzverhältnisse des Privatsektors im Gesundheitsbereits müßte man einer genauen Prüfung unterziehen, man würde zweifelsohne erkennen, daß die Finanzierungsprobleme z.B. nicht demographischen, sondern eben kapitalistischen Ursprungs sind.

Selbstbehalte

Bei vielen Leistungen der Krankenbehandlung werden bereits heute Selbstbehalte verlangt, zum Beispiel für vom Arzt verschriebene Medikamente oder bei Zahnbehandlungen. Besonders die ÖVP und die Wirtschaftskammer drängen auf die flächendeckende Einführung von Selbstbehalten. Die Wirtschaftskammer will einen generellen Selbstbehalt für jeden Krankenschein und hat zu ihrer Unterstützung eine Umfrage des Integral-Instituts präsentiert, wonach angeblich 56 Prozent der Österreicher bereit seien, beim Besuch eines Arztes einen Selbstbehalt zu akzeptieren. Aber was heißt das? Kein Wunder, daß so manche ArbeitnehmerInnen bereit sind, Selbstbehalte in Kauf zu nehmen. Erstens gibt es eine andauernde Propaganda der Regierungsparteien und der bürgerlichen Medien in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, daß unbedingt auf diese Weise gespart werden müsse und gleichzeitig die Unternehmer entlastet werden müssen, damit wir unsere Arbeitsplätze nicht verlieren. Zweitens wird immer von ein paar Schilling gesprochen, das müsse uns doch unsere Gesundheit wert sein. Und drittens: Wer von uns würde nicht alles versuchen, um seinen Angehörigen und sich selbst die besten Behandlungen und Therapien zu verschaffen, besonders wenn es um Leben oder Tod geht. Die Wirtschaftskammer fordert eine allgemeine Reprivatisierung des Gesundheitsbereiches. Allerdings zahlen die ArbeitnehmerInnen bereits die (hohen) gesetzlichen SV-Beiträge und sind zahlreichen Leistungskürzungen der SV bereits unterworfen. Selbstbehalte belasten die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien - daher sind diese strikt abzulehnen, nicht nur die geplanten, sondern die bereits bestehenden Selbstbehalte. Die SPÖ-Wien will einen Selbstbehalt für die Spitalsambulanzen einführen, damit diese nicht von den PatientInnen "mißbraucht" werden. Damit werden wieder einmal die PatientInnen für die Fehler des Systems bestraft. Die SPÖ- und ÖGB-Führung unterstützt außerdem die vielen Selbstbehalte bei Kuren, Krankenbehandlungen, das Taggeld im Spital, die Medikamentengebühr, usw. Die ÖGB-Führung führt in den Medien eine sehr sanfte Kampagne gegen Selbstbehalte durch: "Die Einführung eines Selbstbehalts ist kein geeignetes Steuerungselement, um die Finanzierungsaufgaben der Krankenkassen zu bewältigen", stellte der Leitende Sekretär des ÖGB, Karl Drochter, zu den Selbstbehaltsforderungen der Wirtschaft fest. "Außerdem gibt es bereits eine Reihe von Selbstbehalten, bei denen ausschließlich die Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden."

Obwohl Drochter auch feststellt, daß "Selbstbehalte (sind) nichts anderes als ein einseitiges und ausschließlich die Arbeitnehmer belastendes Finanzierungsmodell" sind, unterstützt die ÖGB-Führung die bereits bestehenden Selbstbehalte als Zeichen, daß die Arbeitnehmer "bereit seien, über ihre Krankenversicherungsbeiträge hinausgehend ihren Obulos zur Finanzierung der Krankenkassen zu leisten" (ebenfalls Karl Drochter im ÖGB Nachrichtendienst, Nr. 2846, 30.5.1996). Eben, denn die ÖGB-Führung ist in den SV-Trägern verankert und auch verantwortlich für die restriktive Politik der Sozialversicherungsträger gegenüber den BeitragszahlerInnen - den ArbeitnehmerInnen.

Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung (LKF)

Die LKF soll das jetzige, sicherlich änderungsbedürftige Spitalsfinanzierungssystem ersetzen. Doch der konkrete Vorschlag birgt Gefahren und Nachteile. Momentan werden dem Krankenhausträger pauschalierte Pflegetage und nicht die tatsächlich erbrachten Leistungen abgegolten. Da nun aber die einzelnen Pflegetage unterschiedliche Kosten verursachen, bringt die Verlängerung der Aufenthaltsdauer über die kostenintensive Phase einen Gewinn für den Krankenhausträger. Das erhöht aber insgesamt die Ko-

and

Ross

cin

Acre

Km

Impressum: MHV Vorwärts zur sozialistischen Demokratie Postfach 2, 1082 Wien, Eigenvervielfältigung. sten des Gesundheitssystems drastisch. Jetzt sollen die Leistungen bezahlt werden, wobei aber unklar ist, wie diese bewertet werden sollen. Einen Marktpreis gibt es nicht, also sollen ausgehandelte Durchschnittspreise für eine bestimmte Diagnose gebildet werden. Die Gefahr dabei besteht darin, daß unter Druck der Geldknappheit des öffentlichen Sektors der Preis für die Diagnosen für die öffentlichen Krankenanstalten möglichst niedrig angesetzt wird und die Leistungen im Krankenhaus für KassenpatientInnen reduziert werden. Außerdem birgt dieses System die Gefahr in sich, daß der Trend zu häufigen Operationen verstärkt wird und die PatientInnen zu früh entlassen werden. Die Krankenhäuser könnten die Kosten über zwei Schienen senken: Personal und Geräte bzw. medizinische und pflegerische Leistungen. Der Druck, Billigvarianten an Diagnose- und Therapieverfahren bzw. Behandlungen anzuwenden, steigt, da dem Krankenhaus ja nicht die konkreten Leistungen, sondern der ausgehandelte Preis erstattet wird. Damit steht wieder einmal die Tür für den Ausbau der Zwei-Klassen-Medizin offen.

Chefarzt-Pflicht

Der Hauptverband der SV-Träger hat für zahlreiche Behandlungen die Chefarzt-Pflicht eingeführt. Darunter sind z.B.: logopädische Behandlungen, Ergotherapie, Physiko-Therapie, Psychotherapie, medizinische Hauskrankenpflegege, geplante Behandlung und Untersuchung im Ausland, Kernspintomographie, computertomographische und nuklearmedizinische Untersuchungen, kosmetische Behandlungen, Sterilisation, Schwangerschaftsabbruch, Geschlechtsumwandlung, Flugtransporte, Transporte nach einer gewissen Zeit und Heimdialyse. Ausgenommen sind Akutfälle und die ersten Untersuchungen bzw. Behandlungen. Die Chefarzt-Pflicht ist eine Maßnahme der Bürokratie zum Abbau der Anfallszahlen für eine Therapieform. Die Patienten sollen durch bürokratische Hürden davon abgehalten werden, bestimmte Leistungen in Anspruch zu nehmen. Gespart wird bei der Krankheitsverhütung: "Physikotherapie, Ergotherapie und Logopädie dienen der Besserung bestehender Beschwerden und der Vermeidung von Folgeschäden, diese Behandlungen sind nebenwirkungsarm und oft erfolgreich." (ACUT, 2/96, Seite 10) Rechtzeitige physiotherapeutische

Behandlungen könnten zum Beispiel eine weitergehende und teure Behandlung oder eine Operation verhindern. Die Sozialversicherungen kürzen die Behandlungen einfach weg. Aber auf diese Weise wird nicht im Ganzen gespart, sondern nur bei den PatientInnen. Die Chefarzt-Pflicht heißt tatsächlich, daß bei wichtigen Behandlungen gekürzt wird, viele PatientInnen klagen auch über eine schikanöse Behandlung durch die Bürokratie in den SV-Trägern. Es ist wie bei den Untersuchungen für die krankheitsbedingte Frühpension: Die PatientInnen kommen als Bittsteller und sehen sich einer Bürokratie gegenüber, gegen die sie keine Handhabe besitzen. Die SV-Träger stehen unter "Selbtverwaltung" von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter - aber die ArbeitnehmerInnen haben über den ÖGB keine Möglichkeit zur Mitbestimmung.

Selbstmedikation

Die Pharmaindustrie steuert auch einen "Sparvorschlag" bei: Die Pharmig (Vereinigung der pharmazeutischen Unternehmen) ist ein einflußreicher Verband von Kapitalisten und fordert im allgemeinen die Deregulierung und Privatisierung des Gesundheitsbereiches und im besonderen den Ausbau der Selbstmedikation. Die Pharma-Unternehmen fordern die Liberalisierung des Arzneimarktes, um mehr Pro-

fit machen zu können. Dieser Vorschlag wird übrigens auch vom ÖAAB (ÖVP) unterstützt. Jetzt sind ungefähr 90 Prozent der in Österreich zugelassenen Medikamente nur über Rezept eines Arztes zu bekommen. Bereits jetzt werden viel zu viele unnötige Medikamente verschrieben und die Preise für Medikamente in anderen EU-Länder sind niedriger. Die Pharmig sagt, daß beim Kauf eines rezeptfreien Medikaments die Sozialversicherung entlastet wird, nebenbei gibt es keine Fehlzeiten durch Arztbesuche. Kein Wunder, das wäre ein 100prozentiger Selbstbehalt! Eine Liberalisierung des privaten Arzneimittel- und Gesundheitsmarktes würde größere Belastungen der Patienten mit sich bringen und riesige Extra-Profite in die Hände der Pharmaindustrie fließen lassen. Hier sollte ebenfalls eine Frage im Vordergrund stehen: Wie würde sich eine Liberalisierung, d.h. Freigabe von jetzt rezeptpflichtigen Medikamenten auf den Ver- und Gebrauch von Medikamenten auswirken? Eine Verbesserung des Gesundheitssystem wäre damit auf keine Fall verbunden, es wäre eine reine Geldbeschaffungsaktion auf Kosten der ArbeitnehmerInnen!

Privatisierung führt keineswegs zu einer Verbesserung der Qualität.

Aber die Privatisierung und Deregulierung

Dafür kämpft die Sozialistische Offensive VORWÄRTS:

- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- □13.000 öS Mindestlohn netto für alle ArbeitnehmerInnen!
- ⇒Garantierten Ausbildungsplatz für jedeN. Demokratische Schulen und Unis! Überbetriebliche Lehrwerkstätten unter Kontrolle der Gewerkschaften. Soziale Sicherheit für alle Auszubildenden.
- ○30 m² Wohnraum für jedeN, Mieten bis max. 10% des Netto-Einkommens! Sofortige Einführung von Mietzinsobergrenzen!
- ⊃Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Umweltschutz und Arbeitsplätze müssen keine Gegensätze sein.
- OKampf um jeden Arbeitsplatz und um soziale Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung und ihrer Familien!
- ⇒Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen! Kampf gegen sexuelle Diskriminierung!
- ⇒Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung von In- und AusländerInnen! Passives Betriebsrats-Wahlrecht für AusländerInnen!
- Für demokratische und kämpferische Gewerkschaften.
- Für Facharbeiterlohn für bezahlte FunktionärInnen!
- Für eine gewerkschaftliche Offensive gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit! Schluß mit der Privatisierungspolitik!
- ○Für eine internationalistische Gewerkschaftsbewegung!

des "Gesundheitsmarktes" führt zu mehr Profit für die Kapitalisten und die zahlreichen Scharlatene. Immer wieder gibt es spektakuläre Gerichtsprozesse, wo Ärzte und "Heiler" (z.B. von Sekten wie Fiat Lux) angeklagt werden, aus der Not von kran-

Kein Wunder, daß viele Menschen verunsichert sind. Viele vertrauen dem offiziellen Gesundheitssystem - aus guten Gründen - nicht und suchen nach Alternativen. Genauso wie es sinnvoll ist, die Komplementärmedizin zu fördern, so ist es notwendig, gegen obskure Praktiken vorzugehen, die kranken Menschen Heilung versprechen und sie aber nur skrupellos ausbeuten. So manche Ärzte mit eigener Praxis, Apotheker und die Pharmaindu-

strie beuten auch die Not und die Angst der Bevölkerung aus - nicht nur obskure Sekten. (So sollte man Einrichtungen wie die Patientenanwaltschaft oder die Internationale Akademie für Ganzheitsmedizin in Wien fördern, um einerseits die Rechte der PatientInnen auszubauen und andererseits die Information über "Schulmedizin" und Alternativen so seriös wie möglich zu gestalten.) Die Gesundheit ist für die Menschen derart wichtig, daß alle möglichen Opfer gebracht werden. Der private Markt taugt aber nicht für die Krankheitsverhütung und -behandlung, die sehr sensible Bereiche sind: Es gibt eine Vielzahl von Methoden und Schulen. Die Rechte der PatientInnen müssen daher verstärkt ausgebaut werden. In allen Gesundheitseinrichtungen muß der Einfluß der Privatwirtschaft zurückgedrängt werden. Alle Gesundheitseinrichtungen sollten in ein staatliches Netz eingebunden werden, das einerseits eine soziale Gesundheitsplanung leisten kann, demokratische Rechte von Beschäftigten und Patienten berücksichtigt und andererseits die Produktion, Betreuung, Verteilung sowie Kosten und Leistungen kontrolliert und gestaltet. (genauer zu lesen im VORWÄRTS - Programm)

Ausbeutung macht krank!

Der Kapitalismus, der auf einer Ungleichverteilung von Einkommen beruht und diese verursacht, bewirkt damit auch eine ungleiche Verteilung von Lebenschancen und

Krankheit. Am drastischsten sieht man dies in den wirtschaftlich weniger und unterentwickelten Ländern der sogenannten "3. Welt". Das ist aber nicht allein auf den Reichtum oder die Armut eines Landes zurückzuführen. Eine wichtige Rolle spielt ken Menschen Profit geschlagen zu haben. eben, ob Gesundheitsvorsorge und Krank-

> Die WHO (Weltgesundheitsorganisation) mußte auch feststellen, daß Armut die größte aller "Krankheiten" ist. Mit der Verelendung kamen in den 90er Jahren auch wieder die Seuchen, die in den Industriestaaten erfolgreich bekämpft wurde. Die Armut der Menschen ist zum Beispiel direkt verantwortlich für die großen Seuchen, die hohe Kindersterblichkeit und die kürzere Lebenserwartung. Auch in Österreich sind verschiedene soziale Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß von Belastungen durch Krankheiten betroffen.

> > heitsbehandlung als Privatsache behandelt werden (wie z.B. in den USA) oder ob diese als Aufgaben der Gesellschaft geregelt sind. Die WHO - Weltgesundheitsorganisation - mußte auch feststellen, daß Armut die größte aller "Krankheiten" ist. Mit der Verelendung kamen in den 90er Jahren auch wieder die Seuchen, die in den Industriestaaten erfolgreich bekämpft wurde. Die Armut der Menschen ist zum Beispiel direkt verantwortlich für die großen Seuchen, die hohe Kindersterblichkeit und die kürzere Lebenserwartung. Auch in Österreich sind verschiedene soziale Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß von Belastungen durch Krankheiten betroffen. So waren 1993 ArbeiterInnen doppelt so lange im Krankenstand wie Angestellte (19,4 bzw. 10,3 Tage). Das ist auf eine höhere Belastung von ArbeiterInnentätigkeit zurückzuführen. Deutlich sieht man das auch an den Unterschieden zwischen den einzelnen Branchen:

Die Krankenstandstage pro ArbeiterIn lagen 1993 bei:

- > Kohlebergbau: 37,9 Tage,
- > Eisenerzeugung: 26,6 Tage,
- > Verarbeitung von Erdöl u. -gas: 26,3 Tage,
- > Erzeugung von chemischen Produkten: 26 Tage,
- > Hoch- und Tiefbau: 25,4 Tage,
- > Wasserversorgung: 25 Tage,
- > Verlagswesen: 25 Tage.

Unter den männlichen Arbeitern stehen Gesundheit bzw. der Gefährung durch Arbeitsunfälle als Ursache für die Krankenstandstage mit 16 Prozent an zweiter Stelle hinter den Krankheiten des Bewegungs- und Stützapparates. Das Unfallrisiko ist bei Arbeitern deutlich höher als bei Angestellten. 1993 kamen auf 1.000 ArbeiterInnen 94 Arbeitsunfälle, die meisten passierten im Bauwesen, bei den An-

> gestellten waren es 17. Aber auch bei Angestellten und im Dienstleistungssektor steigt die Belastung. Der Streß nimmt ständig zu und der Druck am Arbeitsplatz wird erhöht. Schutzeinrichtungen sind zwar vorhanden, können bei Akkordtätigkeiten aber oft nur auf Kosten von Lohneinbußen verwendet werden.

> Der ständig steigende Arbeitsdruck führt einerseits zu körperlichen, andererseits zu psychischen und psychosomatischen Er-

krankungen. Daß immer mehr ArbeitnehmerInnen frühzeitig in Invaliditätspension gehen, läßt sich nicht auf eine Flucht in die Pension reduzieren. Invaliditätspensionisten haben eine rund fünf Jahre kürzere Lebenserwartung. Hinter diesen Zahlen, die von der Regierung gerne nur auf finanzielle Kosten bezogen werden, stehen Menschen mit Krankheiten und schmerzhaften Leiden. Es ist aber nicht nur notwendig, zu versuchen, die beste Versorgung für die Bevölkerung zu erreichen, sondern es ist notwendig, den Ursachen von Krankheiten, Unfällen und Gefahren auf den Grund zu gehen.

Funktion des Gesundheitssystems

Das staatliche Gesundheitssystem stellt grundsätzlich einen enormen sozialen Fortschritt dar, der gegen alle als Reformvorschläge getarnte Abbauversuche verteidigt werden muß. Ziel des Gesundheitssystems ist es, nicht nur Leben zu erhalten und zu verlängern, sondern auch die Arbeitskraft der Menschen, die im Erwerbsleben stehen, möglichst schnell wieder herzustellen. Es wird mit anderen Worten auch Reparaturarbeit am Menschen geleistet, wo in vielen Fällen (betriebliche) Gesundheitsvorsorge bzw. -förderung nicht stattfand. In der kapitalistischen Profitwirtschaft wird Gesundheit über weite Strecken nicht als Ziel an sich, sondern als Voraussetzung für die Verwendung der Arbeitskraft in Form von Lohnarbeit gesehen.

rui

fon

(In diesem Zusammenhang muß man sich auch die Frage stellen, wie der Stellenwert von behinderten oder kranken Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft ist.) Die Krankenversicherung schützt in Österreich 99 Prozent der Bevölkerung. (Was aber noch nichts über ihren tatsächlichen Gesundheitszustand aussagt.) Die Sozialversicherung unterscheidet sich von kommerziellen Versicherungen dadurch, daß sie sich nicht an der Risikowahrscheinlichkeit (bzw. Krankheitsgefährdung) orientiert. Außerdem kennt die Sozialversicherung im Gegensatz zur Privatversicherung weder Risiko- noch Leistungsausschlüsse für bestimmte Personen. Die Leistungen beruhen auf Rechtsansprü-

chen oder Satzungen der SV-Träger. Die Pflichtversicherung ist unentbehrlich, wenn neben den reinen Absicherungszielen auch Umverteilungsziele hinzukommen. Es gibt eine Reihe von privaten Krankenversicherungen, bei der sich jede/r individuell versichern kann. Allerdings kann solch ein System nicht

im Interesse der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft sein, weil es rein nach kapitalistischen Muster funktioniert. Das Liberale Forum ist zum Beispiel für die Abschaffung der Pflichtversicherung und der Einführung der Versicherungspflicht bei freier Wahl der (privaten) Versicherung. Allerdings unterscheidet auch die Krankenversicherung in Österreich sehr wohl zwischen Beschäftigtengruppen: Die gefährdeteren ArbeiterInnen, die also auch stärkeren Belastungen ausgesetzt sind, zahlen einen höheren Krankenversicherungsbeitrag (3,95 Prozent im Gegensatz zu 3,4 Prozent der Angestellten). Eine Privatisierung des Systems in Richtung Versicherungspflicht und Ausbau der individuellen Privatversicherung ist mit einer solidarischen Versicherung, die auch den Anspruch der sozialen Umverteilung und der sozialen Sicherheit hat, unvereinbar.

Gesundheit für alle!

Spitalsfinanzierung, Betreuung der älteren Menschen, Psychotherapie, Gesundheitsförderung und Arbeitnehmerschutz im Betrieb - überall zeigt sich, daß die kapitalistische Marktwirtschaft scheitert, um eine flächendeckende und gerechte Versorgung und Betreuung für alle aufzubauen. Gesundheitspolitik wird aufgrund der strukturellen Krise des Kapitalismus zur Nagel-

probe der sozialen und politischen Entwicklungen. Nehmen wir nur das Beispiel Pflegegeld, das seinen theoretischen Ansprüchen in Wirklichkeitn nicht entspricht. In diesem Zusammenhang ist das Sparpaket beim Pflegegeld und der Umgang mit behinderten Menschen beschämend: Die Regierung kürzt bei Behinderten und älteren Menschen! Gesundheitspolitik ist eben vor allem Sozialpolitik: Der medizinische Fortschritt garantiert überhaupt nicht die bessere Versorgung der Bevölkerung; sondern nur eine solidarische Sozialpolitik. die diesen Fortschritt allen zugänglich macht: Der Zugang zum Gesundheitswesen muß für jede/n gegeben sein, sozial benachteiligte Menschen müssen besonders

Wir müssen jeden Versuch bekämpfen, die Arbeitnehmerlnnen und ihre Familien noch mehr zu belasten und die Leistungen der Sozialversicherung zu kürzen. Das Ziel der Arbeiterbewegung bleibt: Krankheitsverhütung und -behandlung für jede/n, egal wie alt er/ sie ist - mit den besten Mitteln, die es gibt. Die Volkswirtschaft ist reich genug, um sich das zu leisten. Das Geld ist vorhanden, es ist nur in den falschen Händen.

> gefördert werden (wie zum Beispiel eben ausländische ArbeiterInnen und ihre Familien). Wohnungen, Ernährung, Umwelt hier muß die Politik eingreifen, um die Gesundheit zu fördern und Krankheiten zu vermeiden. Der Aufbau von sozialer Sicherung und Verbesserung des Lebensstandards der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien verbunden mit einer Förderung der Bildung, der kulturellen Entwicklung und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen alleine garantieren Fortschritt bei der Gesundheitspolitik. Die betriebliche Gesundheitsförderung wird naturgemäß von den Kapitalisten ver-nachläßigt und sollte ein wesentlicher Bestandteil gewerkschaftlicher Politik sein (z.B. ArbeitnehmerInnenschutz).

> Die Kapitalisten wollen nur die Arbeitskraft der ArbeitnehmerInnen reparieren, wir aber wollen mehr: Gesundheit für alle! Niemand bezweifelt, daß die Sozialversicherungen pleite sind, aber dieses Problem kann nicht losgelöst von der sozialen und politischen Entwicklung gesehen werden. Die Steuerleistung der Kapitalisten und Reichen ging rasant zurück aufgrund der Steuerpolitik - kein Wunder, daß weniger Geld zur Finanzierung des Gesundheitsbereiches vorhanden ist. Im allgemeinen findet eine massive Umverteilung von Einkommen und Reichtum zu

Gunsten des Kapitals statt - sogenannt von "unten" nach "oben". Und wer verdient denn an der Überversorgung in den Spitälern? Warum fehlen auf der anderen Seite die Betreuungskapazitäten für ältere Menschen? Die gesetzliche Sozialversicherung war ein Erfolg der Arbeiterbewegung, aber die Kapitalisten haben das System zu ihren Gunsten einrichten können. Es gibt die "Kuvert-Medizin" in den öffentlichen Spitälern und die 2-Klassen-Medizin. Was können wir dagegen tun? Wie steht es mit Kuren, Brillen, Zahnbehandlungen usw.? Warum müssen so viele auf Operationstermine warten? Soll in Zukunft noch mehr das Geld über die Gesundheit eines Menschen bestimmen.

"Die medizinische Versorgung, so der ÖGB abschlieBend, dürfe aber nicht zu einer Frage einer gefüllten
oder nicht gefüllten Brieftasche werden." (ÖGB-Nachrichtendienst vom 23.5.
1996, aus einer Presseerklärung des ÖGB zu Selbstbehalten.) Wir müssen jeden
Versuch bekämpfen, die

ArbeitnehmerInnen und ihre Familien noch mehr zu belasten und die Leistungen der SV zu kürzen. Das Ziel der Arbeiterbewegung bleibt: Krankheitsverhütung und behandlung für jede/n, egal wie alt er/sie ist - mit den besten Mitteln, die es gibt. Die Volkswirtschaft ist reich genug, um sich das zu leisten. Das Geld ist vorhanden, es ist nur in den falschen Händen. Da die Gesundheitspolitik unmittelbar mit den sozialen Verhältnissen zusammenhängt, ist damit auch der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft verbunden. Hier sind radikale Antworten notwendig, weil es um die Gestaltung der Wirtschaft, der Gesellschaft geht. Es stehen sich unversöhnliche soziale Interessen gegenüber: Arbeit und Kapital. Es geht schließlich nicht darum, sich nur ein schönes Programm für die Zukunft zusammenzustellen, sondern es geht darum, dieses Programm auch tatsächlich umzusetzen. (14. Juni 1996)

Das "Sparpaket" des Sozialministers (Stand Ende Juni 1996):

Erhöhung der Rezeptgebühr von öS 35 auf 42; Krankenschein-Selbstbehalt von öS 50; Erhöhung der Krankenkassenbeiträge für Pensionisten von 3,5 auf 3,75 Prozent; finanzielle Umschichtung der Bezahlung des Wochengeldes hinzu dem Familienlastenausgleichsfonds (der durch Steuern finanziert wird), um die Krankenkassen zu entlasten.

Vorwärts-Programm

Kapitel "Gesundheit"

(aus: "Was wir wollen", Forderungsprogramm von Vorwärts. Das Programm ist bei der Redaktion zu bestellen: Preis: öS 25,- / Solidaritätspreis öS 50,-)

Neue Gefahren bedrohen Gesundheit und Leben. Alarmierende Beispiele sind Aids, Krankheiten durch Umweltverseuchung, zunehmender Druck am Arbeitsplatz und in der Ausbildung, Streß und Arbeitslosigkeit. Immer neue Berufskrankheiten werden erforscht und immer mehr Berufstätige erkranken, weil die Unternehmer den Arbeitsstreß ständig steigern. Im Kapitalismus spricht man zwar viel über Gesundheit, oberstes Ziel bleibt aber der Profit. Genauso wie an der Umwelt wird am Menschen Raubbau betrieben. Die Chemie- und Nahrungsmittelkonzerne kümmert es nicht, wieviel Gift über den Chemie-Einsatz in der Landwirtschaft, Verarbeitung und Konservierung von Nahrungsmitteln in das Essen kommt. Seit den Kapitalisten die Profitchance durch Gentechnologie bewußt wurde, werden Unsummen in diesen Bereich gesteckt. Die Gentechnologie verspricht die Lösung des Welternährungsproblems durch gentechnisch manipuliertes Saatgut und Heilung von Krankheit durch Eingriff in den menschlichen Code. Die Gefahren, die durch Manipulation am Erbgut entstehen, werden in Kauf genommen. Anstatt krankmachende Lebens- und Arbeitsbedingungen zu beseitigen, soll der Mensch an diese angepaßt werden. Die Vision vom Menschen nach Maß bedeutet Einteilung in minder- und höherwertiges Leben und somit Selektion am Arbeitsplatz. Im Kapitalismus werden eine kleine Anzahl von multinationalen Konzernen in Zukunft den gentechnischen Reichtum des Lebens besitzen und verwalten.

Der zerstörerische Umgang mit der Natur und der unkontrollierte Einsatz neuer Techniken und Stoffe führt zu einer rasanten Zunahme von Allergien und Krebs. Die Anfälligkeit von Kindern auf Allergien und Umweltkrankheiten sprechen eine deutliche Sprache. Oder Suchtkrankheiten: Suchtkrankheiten sind

ein Symptom für den kranken Zustand der Gesellschaft. Und es ist kein Wunder, daß mit zunehmenden materiellen und psychischen Problemen auch die Abhängigkeit von legalen und illegalen Drogen zunimmt.

Krankheitsbekämpfung im Kapitalismus heißt Bekämpfung von Symptomen und nicht von Ursachen. Die Unternehmer, Pharmaindustrie, Ärzte, Dealer usw. machen nebenbei auch kräftig Profit an der Sucht der Menschen. Am Schluß sind dann immer die "Konsumenten" schuld. Sie werden verantwortlich gemacht. ArbeiterInnen werden bei Alkoholismus entlassen. Nicht etwa, daß man ihnen, bei voller Lohnfortzahlung, mit einer Behandlung hilft. Benutzer illegaler Drogen werden kriminalisiert, aus der Gesellschaft ausgestoßen. Drogendealer, die sich blöd verdienen, reiben sich die Hände. Sie haben vom Staat nichts zu befürchten, außer ein paar Beschlagnahmungen. Es gibt zuwenig Versorgungseinrichtungen für DrogenbenützerInnen. Jegliche Art von Drogen, legal oder illegal, gehören der Verfügungsgewalt der privaten Unternehmer und Geschäftemacher entrissen. Alkoholismus und Drogenmißbrauch stellen für die Betroffenen eine Flucht aus der Realität dar und lenken im Sinne der Herrschenden vom Kampf um bessere Lebensbedingungen ab. Öffentliche Abgabe von Drogen unter der Kontrolle der Gewerkschaften, VertreterInnen von BenutzerInnen und Sozialeinrichtungen sind Forderungen, die sicher ohne politischen Kampf keine Möglichkeit auf Verwirklichung haben.

Es gibt zwar Daten und Forderungsprogramme zum Beispiel von der WHO, aber kein Kapitalist noch der bürgerliche Staat kümmern sich darum. Gesundheit ist ein wichtiges Thema für Politiker. Die Menschen sind zu Recht beunruhigt. Aber was sie hören, sind nur Lügen und Ausflüchte. Gesundheit für alle Menschen ist den Kapitalisten zu teuer. Ausgaben für Gesundheit, wie qualitativ hochstehende Gesundheitseinrichtungen oder ausreichend Ärzte und Pflegepersonal, sind nur Kosten in der Profit-

gesellschaft. Der einzelne Mensch zählt nichts am Arbeitsmarkt. Jeder Arbeiter ist für den Kapitalisten ersetzbar. In der Zeit der Wirtschaftskrise wollen Unternehmer und Staat auch zuerst bei der Gesundheitsförderung und Behandlung von Kranken sparen. Die Reichen können sich die beste Behandlung leisten, sogar Organe sind käuflich. Aber für die Mehrheit der Menschen ist nicht einmal die Kontrolle der Blutkonserven bezahlbar?

Die Förderung und Erhaltung der Gesundheit der Menschen ist ein zentrales Ziel für SozialistInnen.

Sozialeinrichtungen sind nur durch die Besteuerung der Reichen und Unternehmer im Kapitalismus finanzierbar, aber was machen wir, wenn die Steuern, wie es jetzt der Fall ist, für die Reichen und Unternehmer gesenkt werden? Die Regierung baut das Gesundheitssystem ab. Das wollen und können wir nicht akzeptieren - jeder eingesparte Schilling im Gesundheitswesen kostet Menschenleben. Warum müssen Menschen monatelang auf lebenswichtige Operationen warten? Viel zu viele sterben, weil nicht genügend Personal, Spitalsbetten usw. vorhanden sind. Optimale Gesundheitsvorsorge und Krankenbetreuung ist nur möglich, wenn wir dieses menschenverachtende System Kapitalismus abschaffen!

Forderungen:

- > Keine Kürzungen im Gesundheitswesen! Massive Investitionen in den öffentlichen Gesundheitsbereich. Ausbau der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitseinrichtungen!
- > Mehr Ärzte und Pflegepersonal, sowie kürzere Arbeitszeiten. Ausbau des Gesundheitswesens und Ausbildung von ausreichendem Personal, um die beste und notwendige Betreuung aller PatientInnen zu garantieren und Streßsituationen zu vermeiden!
- > Freier und kostenloser Zugang zum Gesundheitswesen - keine Gebühren für Behandlungen und Medikamente!

ind

Ge-

Be-

mer

was

etzt

neh-

aut

und

ein-

esen

ssen

chti-

ster-

tals-

ung

men-

smus

a der

heits-

sowie

Feste

aller

Streß-

zum

en für

- > Werbeverbot für alle Drogen egal ob für legale (Alkohol und Nikotin) oder illegale!
- > Für die Einrichtung von Abgabestellen für Cannabisprodukte bei gleichzeitigem Werbeverbot. Das Cannabis soll von öffentlichen nichtkommerziellen Stellen abgegeben werden. Etwaige Gewinne sollen zweckgebunden zu Resozialisierungszwecken sowie Anti-Drogen-Aufklärung verwendet werden.
- > Für die ärztlich kontrollierte Abgabe von harten Drogen an Drogenkranke und ausreichende Anzahl von Therapieplätzen.
- > Abschaffung des Arzt- und Apothekerberufes als Freiberuf. Stattdessen Anstellung des Gesundheitspersonals im staatlichen und kommunalen Gesundheitswesen.
- > Integrierung aller privaten Gesundheitseinrichtungen wie Privatspitäler in das öffentliche Gesundheitswesen. Keine Geschäfte und Profite auf Kosten Kranker, gleiche Behandlung für alle PatientInnen, Abschaffung des "Klassensystems", Integrierung der privaten Ärzte und sonstigen Praxen in das staatliche und gemeindeeigene Gesundheitswesen!
- > Vergesellschaftung der Unternehmen, die Medikamente und Spitalsartikel erzeugen.
- > Demokratische Verwaltung und Kontrolle des Gesundheitswesens durch Komitees, die aus VertreterInnen der im Gesundheitsbereich Beschäftigten, der Gewerkschaften, der PatientInnen und der öffentlichen Verwaltung bestehen. Abschaffung der privaten Krankenversicherungen. Gemeinwirtschaftliche Sozialversicherung für alle!
- > Kein Einsatz von Gentechnologie im Profitsystem!
- > Für Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen, die nicht mehr krank machen. Drastische Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung, insbesondere für Berufsgruppen mit außerordentlichen Belastungen. Besondere Förderung der Sozial- und Arbeitsmedizin. Bekämpfung von Berufskrankheiten.

Sparpaket der "Sozialpartner"

Empfehlungen des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen (Arbeitsgruppe "Gesundheitspolitik") für Maßnahmen im Gesundheitssystem:

[Die "Sozialpartner" (Wirtschaftskammer, Bundesarbeitskammer, ÖGB und die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern) haben in einem im März 1996 veröffentlichten Bericht ihre "Sparmaßnahmen" und Leistungskürzungen festgehalten. Die ÖGB-Führung unter Verzetnitsch unterstützt den vorgeschlagenen Sozialabbau - mit der Begründung, das bestehende System der gesetzlichen Krankenversicherung zu verteidigen. Einige Vorschläge der "Sozialpartner", von denen bereits einige verwirklicht wurden:]

> Im Bereich der Medikamente wäre die Einführung eines gestaffelten, insgesamt erhöhten Selbstbehaltes je nach Packungsgröße des Medikaments oder therapeutischer Wertigkeit (z.B. lebensrettend/ hohe Wertigkeit/ Alltagsbeschwerden) überlegenswert (Mehreinnahmen bis zu S 1 Mrd.). Auch bei Kuraufenthalten und bei medizinischer Rehabilitation sind durchgängig in allen Systemen Selbstbehalte gerechtfertigt. Kostenbeteiligungen sollten jedenfalls nicht losgelöst von weitergehenden Strukturreformen diskutiert werden."

"Einschränkung der freiwilligen Leistungen der Krankenversicherungsträger durch Kostenbeteiligungen bei Kur- und Rehabilitationsaufenthalten, sowie Einschränkung der Bewilligungen auf das medizinisch unbedingt Erforderliche. Landund Erholungsaufenthalte nur mehr für Bedürftige (U-Fonds).

Sozial vertretbare Einschränkungen im Bereich der satzungsmäßigen Mehrleistungen:

z.B. Verringerung der Krankengeldbezugsdauer von 78 auf 52 Wochen (gesetzlich derzeit 26 Wochen),

Zuschüsse für Brillen und Kontaktlinsen nur mehr für Bedürftige (U-Fonds) etc., Im Bereich der gesetzlichen Leistungen:

Streichung des Ersatzes von Reisekosten, allenfalls Zuschüsse aus dem U-Fonds. Prüfung der Auslagerung versicherungsfremder Leistungen aus der sozialen Krankenversicherung an andere Träger (z.B. Familienlastenausgleich) unter Vermeidung einer zusätzlichen Dienstgeberbelastung (Mutterschaftsleistungen, beitragsfreie Mitversicherung).

Begrenzung der Bemessungsgrundlage für das Wochengeld mit der Höchstbeitragsgrundlage und Schaffung einer Wartezeit von 6 Monaten.

Kostenersatz bei Wahlarztinanspruchnahme nur mehr 80 Prozent der Kosten für einen Vertragsarzt.

Kostenbeteiligung bei Inanspruchnahme von Spitalsambulanzen, sobald der Patient im niedergelassenen Bereich ein gleichwertiges Angebot vorfindet, d.h. Schaffung von Anreizen, um die jeweils kostengünstigste Form medizinisch gleichwertiger Behandlung zu gewährleisten.

Einführung einer gestaffelten, insgesamt erhöhten Rezeptgebühr je nach Pakkungsgröße des Medikaments oder nach deren Wichtigkeit (Wertigkeit).

Streichung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern (Lebensgefährten), die kinderlos sind oder keine Pflegedienste leisten (einkommensbezogener Beitrag), die freiberuflich tätig sind oder die auf Grund ihrer Tätigkeit an sich einer gesetzlichen Pflichtversicherung in der Krankenversicherung unterliegen würden.

Berücksichtigung der Eigenersparnis bei der Neufestsetzung des Spitalskostenbeitrages.

Verbesserung der Koordination und der Effizienz von Rettungsdiensten.

Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge der Pensionisten.

Einführung einer geringfügigen, zweckgebundenen Abgabe auf gesundheitsschädliche Güter für Präventionsmaßnahmen.

(P.S. Der vollständige Text kann gegen Spende von öS 50,- bestellt werden.)

Ein schreckliches Spiel

Warum der Ruf nach Selbstbehalten im Gesundheitswesen als Verzweiflungstat gewertet werden muß.



Alessandra Kunz, Krankenschwester und Gesundheitssprecherin der Wiener Grünen.

> Dieser Artikel wurde in der Zeitschrift ACUT (Zeitung für GesundheitsarbeiterInnen, Redaktion: KIV - Namenslistenverbund "Konsequente Interessensvertretung", Ausgabe April/ Mai 1996, Nr. 49, 9. Jahrgang) veröffentlicht und nach Rücksprache mit der Autorin für die Einheit übernommen. <

Fleißig zeichneten ÖVP und SPÖ das Bild der österreichischen Norm-PatientInnen: Wie sie begehrlich auf alles schielen, was unser Gesundheitswesen an Gutem und vor allem Teurem zu bieten hat. Kein Wunder, daß die Kosten ins Uferlose klettern, wo doch alle alles zu wollen scheinen, ob sie es nun brauchen oder nicht. Mit einem Wort: Ein Selbstbehalt muß her.

Abgesehen davon, daß Selbstbehalte in einem System, das Lasten der Krankenversicherung wo immer möglich zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen aufteilt, eine einseitige Belastung der Versicherten darstellen, stellen sich die Dinge aus PatientInnensicht allerdings ganz anders dar. Ohnehin werden die meisten (sogenannten "banalen") Erkrankungen in Eigenregie behandelt (und bezahlt!), nur für einen geringeren Teil werden professionelle Dienste, in aller Regel die eines . Arztes/ einer Ärztin, in Anspruch genommen. Für diese PatientInnengruppe mit nicht mehr banalen Gesundheitsbeschwerden einen Selbstbehalt einzuführen, hieße nichts anderes, als das System selbst ad absurdum zu führen: Nach jahrelangem, geduldigen Einzahlen von Versicherungsbeiträgen und Steuern soll der Zugang zu akut benötigten Leistungen so erschwert werden, daß hoffentlich möglichst viele PatientInnen von der neuen Hürde abgeschreckt werden? Das wäre, als würden die LehrerInnen den Kindern das Schultor zusperren, um Kosten zu sparen - ökonomisch vielleicht erfolgreich (hängt von der Reaktion der Eltern ab), bil-

dungspolitisch zweifellos verrückt. Allerdings gibt es im Gesundheitsbereich, im Gegensatz zur Schule, wohl wirklich eine Gruppe von LeistungsbezieherInnen, die man nicht nur als PatientInnen bezeichnen kann. Wenn sich die Selbstbehalts-Debatte um sie gedreht hätte, wäre das ja verständlich gewesen, richtiger aber auch nicht: Die alte Frau, die einfach wieder mit jemandem reden möchte, die junge Mutter, die mit Geldsorgen und Partnerkrise überfordert ist, der Mann, der seine Arbeit verloren hat und sich schlicht elend fühlt - sie brauchen zwar nicht unbedingt eine/n Arzt/ Ärztin, aber sicher irgendeine Form von Hilfe. Ihre Betreuung könnte aus dem Gesundheitsbereich ausgelagert werden; die Gesamtkosten würden deshalb aber nicht geringer, sie fielen nur woanders an. Jedenfalls: Wer ernsthaft über diese Gruppe und die durch sie verursachten Kosten nachdenken möchte. müßte sich zuerst einen Überblick über ihre Größe, Zusammensetzung, Bedürfnisse verschaffen - nichts davon ist geschehen, bevor die Selbstbehalts-Debatte losgetreten wurde.

Und die Gruppe derer, die angeblich ihren Krankenschein jedes Quartal bei "ihren" ÄrztInnen abgeben, egal ob sie deren Leistungen in Anspruch nehmen müssen oder nicht? Laut übereinstimmender Auskunft sowohl der Wiener Gebietskrankenkasse als auch des Hauptverbandes der Sozialversicherung kann es sie schlimmstenfalls in bescheidenem Ausmaß geben: Nur für etwa die Hälfte aller Versicherten wird im Durchschnittsquartal von den praktischen VertragsärztInnen ein "Schein" abgerechnet, was den erfolgten Arztbesuchen laut Mikrozensus 1991 bzw. der Zahl der angegebenen erlebten Erkrankungen in etwa entspricht. Selbstverständlich sollte jeder Mißbrauch in diesem Bereich vermieden werden; aber kann man die PatientInnen per Selbstbehalt für etwas bestrafen, wovon ausschließlich die ÄrztInnen profitieren? Woher kommt bei manchen Menschen das Gefühl, ihren Schein jedes Quartal abgeben zu müssen? Wie lange hätte ein Patient, dem man den Schein freundlich, aber bestimmt zurückgibt, dieses Gefühl noch? Stichproben-Kontrollen statt Selbstbehalt: Das wäre zumindest einen Versuch wert.

Selbstbehalte könnten zudem auch nicht verhindern, daß diejenigen, die einmal mit dem Gesundheitswesen Kontakt aufgenommen haben, in teurere Leistungsbereiche weitergeschleust werden. Welche Überraschung: Es sind nicht die PatientInnen, die darüber entscheiden, was nach dem ersten Arztbesuch weiter mit ihnen geschieht, es sind die ÄrztInnen. Der chronische Zeitmangel ärztlicherseits führt zu ebenso chronischem Informationsmangel und damit zu weitgehendem Verlust an Entscheidungsautonomie auf PatientInnenseite. Sollte ein Selbstbehalt - auch das wurde bereits vorgeschlagen - allerdings auf alle ärztlichen Leistungen eingehoben werden, hätten wir sicher ein Steuerungsinstrument in der Hand. Aber um welchen Preis? "Nein, Frau Doktor, kein Röntgen bitte, das kann ich mir nicht leisten!" - ist es das, was wir hören wollen? Wenn nicht, müssen wir uns andere Instrumente überlegen, die gar nicht so selten überschießenden ärztlichen Angebote auf das Maß des Vernünftigen, weil Angebrachten zurückzustutzen.

Statt eines Selbstbehaltes PatientInnenseite sollten wir dann ein Konkurrenz- und damit Kontrollsystem auf ärztlicher Seite einführen. "Second opinion" heißt das und bedeutet, daß PatientInnen von ihren Versicherungen oder von der Gesundheitsverwaltung selbst ermuntert oder gedrängt werden, vor weiteren Untersuchungen oder Behandlungen (wenn möglich) einen zweiten ärztlichen Rat einzuholen. Die Schweiz, die USA und andere Länder exerzieren uns das vor, aber naturgemäß ist die Resonanz in der österreichischen Ärzteschaft kaum hörbar: Wer gibt schon freiwillig das letzte vor jeder Konkurrenz geschützte Arbeitsfeld, das diese Gesellschaft im Bereich der freien Berufe bietet, auf? "Vertrauen ist die Basis jeder Arzt-Patienten-Beziehung": Das klingt als Begründung gut, ist aber klar ideologisch motiviert als könnte nicht mehr gesund werden, wer auch noch eine/n zweiten ärztlichen Kol-

legen/in aufgesucht hat. Das Gegenteil ist der Fall: Ärztliche Zweitmeinungen verhindern oft unnötige Eingriffe, ersparen PatientInnen Risken und Schmerzen und uns allen viel Geld.

Mit der Forderungen nach Einführung eines Selbstbehaltes auf die Inanspruchnahme von Spitalsambulanzen hat sich vor allem die Wiener SPÖ in die Debatte eingeklinkt. Tenor: Wer bei Krankheit nicht

die niedergelassenen ÄrztInnen konsultiert, umgeht das "Torhüter"-System, das unnötige Spitalsbesuche verhindern soll und sollte dafür zur Kasse gebeten weden. Auch diese Argumentation geht weit an der Wirklichkeit der PatientInnen vorbei. Zu den "normalen" Tageszeiten (Mo-Fr 8-16 Uhr) bietet das Krankenanstaltengesetz

ausreichende Handhabe, PatientInnen, die offensichtlich von niedergelassenen ÄrztInnen versorgt werden könnten, abzuweisen. Daß das häufig nicht gemacht wird, hängt vor allem damit zusammen, daß Ambulanzen die Reservoirs sind, aus denen leere Spitalsbetten bei Bedarf belegt werden können - in Zeiten, in denen Spitalsaufenthalte immer noch nach Belegtagen statt nach Leistungen vergütet werden, sind Ambulanzen auch deshalb eine wichtige Einrichtung der Spitäler. Was aber sollte ein Selbstbehalt, der für Inanspruchnahme von Ambulanzen außerhalb der üblichen Ordinationszeiten niedergelassener ÄrztInnen eingehoben würde, für einen Zweck verfolgen? Sollen akut Erkrankte oder Verletzte lieber zu Hause bleiben? Soll ärztliche Hilfe verzögert werden, bis aus einer mittelschweren Erkrankung eine schwere wurde? Alles schon erlebt: Bei ausländischen Kindern, deren Eltern weder Aufenthaltsbewilligung noch Geld haben, und die nicht am Samstag mit der schweren Bronchitis in die Ambulanz kamen, sondern am Montag mit der schweren Lungenentzündung auf die Intensivstation. Das sollen wir wollen, ausbauen, für noch mehr Betroffene? Zwar fehlt sogar in Wien ein fachärztlicher Notdienst für die Abend- und Nachtstunden und für die Wochenenden und Feiertage, aber zusätzlich sollen wir noch unsere (ohnehin existierenden, ohnehin rund um die Uhr besetzten, ohnehin bestens ausgerüsteten) Spitalsambulanzen sperren - ein Schildbürgerstreich, wenn es nicht so tragisch

Bleibt das Argument, daß schließlich viele Menschen schon jetzt bei ihren Kassen einen Selbstbehalt zahlen müssen. Aber erstens haben diese Kassen ein ganz anderes Leistungssystem als die Gebietskrankenkassen, die ja nicht nach Einzelleistungen, sondern im Großen und Ganzen pauschal abrechnen. Bei Einzelleistungsverrechnung bringt ein Selbstbehalt selbstverständlich eine gewisse Kontrolle durch die PatientInnen, wenngleich

auch wichtige medizinische Maßnahmen aufs Spiel zu setzen.

Bei den Heilbehelfen hingegen gibt es keine Versicherung, die ihre Versicherten nicht ohnehin schon zur Kasse bittet - ein Detail, das in der Hitze des Gefechts bisher übersehen worden ist.

Der Ruf nach Selbstbehalten kann also per saldo nur als Verzweiflungstat gewer-

> tet werden: Weil bisher keine der zahlreichen vorgeschlagenen und auf Einsparungen abzielenden Reformen des Gesundheitswesens umgesetzt werden konnte, soll als Roßkur nun die Zugänglichkeit der Lei-

stungen unter dem Deckmäntelchen "Selbstbehalt" erschwert werden. Daran wird auch die für 1. Jänner 1997 in Aussicht gestellte, teilweise leistungsorientierte Abrechnung im stationären Bereich nichts ändern. Zu sehr präsentiert sie sich derzeit noch als bruchstückhafte Verlegenheitslösung, als daß sie der Kristallisationskern werden könnte, von dem aus der große Rest des Gesundheitswesens zu reformieren wäre. Und so werden auch in Zukunft Kompetenzaufsplitterung, die Politik der ärztlichen Standesvertretung und die bezüglich Leistungsangemessenheit und Leistungsqualität mangelnde Kontrollbereitschaft der Sozialversicherung dazu führen, daß die Versicherten

neuerlich zur Kasse gebeten werden. Die offizielle Sprachregelung dazu lautet: "Keine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge". Aus dem Polit-Neudeutsch übersetzt heißt es: "Wir bitten Dich nicht monatlich zur Kasse, sondern nur dann, wenn Du krank bist - der Wunsch, gesund zu werden, wird Deine Zahlungsbereitschaft schon erhöhen." Daß diese Vorgangsweise das System auch auf lange Sicht nicht reformieren kann, sollte mit dem bisher Gesagten klargelegt werden. Wenn die Regierung nun nicht nur den ungeliebten und schon peinlich gewordenen Krankenanstaltenfinanzierungsfonds loswerden möchte, sondern wirklich Weichen für die nächsten Jahre stellen möch-

te, dann sollte sie sich von der Idee der

Einführung von weiteren Selbstbehalten

schleunigst verabschieden.

Die offizielle Sprachregelung dazu lautet: "Keine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge". Aus dem Polit-Neudeutsch übersetzt heißt es: "Wir bitten Dich nicht monatlich zur Kasse, sondern nur dann, wenn Du krank bist der Wunsch, gesund zu werden, wird Deine Zahlungsbereitschaft schon erhöhen."

> diese Kontrolle nur das tatsächliche, manchmal sogar nur das zumindest scheinbare Erbringen der verrechneten Leistung, keineswegs aber ihre Angemessenheit oder ihre Qualität betreffen kann. Diesem ohnehin bescheidenen Vorteil steht aber gegenüber, daß Einzelverrechnungssysteme in der Regel teurer sind als Pauschalabrechnungssysteme und daß die Bevölkerungsgruppen, die einen beträchtlichen Selbstbehalt haben, wie beispielsweise die Bäuerinnen und Bauern, häufig einen schlechteren Gesundheitszustand aufweisen als zum Beispiel die ASVG-Versicherten.

> Zu guter Letzt hat die ÖVP nun noch Selbstbehalte auf Kuren und auf Heilbehelfe ins Spiel gebracht. Bei der Diskussion um Kuraufenthalte ist möglicherweise wirklich ein Einsparungspotential vorstellbar, aber zuvor sollte man sehr genau unterscheiden zwischen

- Anschlußheilverfahren (z.B. Erholung nach einer schweren Operation),
- Rehabilitationsmaßnahmen zur Verhinderung der Verschlechterung chronischer Leiden (z.B. bei Rheuma, Diabetes etc.) oder
- Präventivmaßnahmen (Diättherapie zur medizinisch indizierten Gewichtsreduktion etc.)

und Kosten und Nutzen gründlich abwägen. Im Falle von Kuren müßte ein Selbstbehalt, um etwas zu bewirken, sicher sehr hoch sein - es wäre unverzeihlich, damit

Gegenwehr jetzt!

In ganz Europa ziehen die Kapitalisten und die Regierungen weitreichende Angriffe gegen die Arbeiterschaft, gegen die Gewerkschaften durch. Dieser allgemeine Angriff reicht über den Abbau von staatlichen Sozialleistungen, des Gesundheits- und Pensionssystems, Erhöhung der Steuerbelastung für ArbeitnehmerInnen, Abbau vom öffentlichen Bildungswesens bis zur Massenarbeitslosigkeit, zu Lohnkürzungen, zur Deregulierung der Arbeitswelt, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Intensivierung der Arbeit, Privatisierungen usw. Kein gesellschaftlicher Bereich bleibt von großen Veränderungen zuungunsten der ArbeiternehmerInnen und ihrer Familien veschont. In ganz Europa befinden sich ArbeitnehmerInnen, Gewerkschaften in heftigen sozialen Konflikten und Arbeitskämpfen. In Frankreich ist die Streikbereitschaft der öffentlich-Bediensteten ungebrochen, denn das kurzfristige Einlenken der französischen Regierung im letzten Jahr war nur ein Waffenstillstand.

In Deutschland gab es große Streikbewegungen und Massendemonstrationen, von den Gewerkschaften organisiert aufgrund des enormen Protestes an der Basis und in den Betrieben. Es sind nicht nur IG Metall und ÖTV, die Streiks und Demonstrationen gegen die Lohnpolitik der Kapitalisten und gegen das Sparpaket der Regierung Kohl organisieren, sondern auch andere Gewerkschaften. Wir sollten allerdings keine Illusionen in die Rolle der derzeitigen Gewerkschaftsführung haben - nicht in Deutschland und auch nicht in Österreich. Die deutsche Schwesterorganisation der SOV - die Sozialistische Alternative VORAN - rief die Kampagne "GewerkschafterInnen für Generalstreik" ins Leben, tausende Unterschriften konnten bereits zur Unterstützung dieser Forderung gesammelt werden. Am 1.Mai wurde die DGB-Führung vom Protest der eigenen Basis gegen ihre "Sozialpartnerschafts"-Politik überrascht, in einzelnen deutschen Bundesländern werden ganz offen, auch von Gewerkschaftsfunktionären, Streiks gegen die Regierung gefordert. Am 15. Juni fand in Bonn eine Massendemonstration (offzielle TelnehmerInnenzahl an die 400.000) gegen das deutsche "Sparpaket" statt. Aber ganz offensichtlich ist, daß die DGB- und DAG-Führung versucht, die Protestbewegung (auch in den Betrieben) zurückzuhalten und zu kanalisieren. Die Berichterstattung über die deutsche Situation wird ein Schwerpunkt der nächsten Ausgaben sein. Bis dahin müssen wir Euch leider vertrösten.

Diese Ausgabe der Einheit beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Gesundheitswesen und den angekündigten "Sparpaketen" und gibt Einblick in die Programmatik von SOV, Bewegung Rotes Wien, Grüne und SPÖ. Semperit und der Öffentliche Dienst - noch zwei Lehrstücke über verpaßte Chancen der Gewerkschaften. Die Rolle der Gewerkschaftsführung und die Politik der FSG spielen bei den laufenden Konflikten naturgemäß eine zentrale Rolle. Es ist die Aufgabe von linken GewerkschafterInnen, in allen Konflikten Chancen des Kampfes aufzuzeigen und den Widerstand und den Kampf - wo immer möglich - zu organisieren. Beispiel Diskriminierung von ImmigrantInnen: Im Zuge der Gemeinderatswahl in Wien hat sich ein überparteiliches Komitee gegründet, um das kommunale Wahlrecht für ImmigrantInnen zu fordern. Für uns war die Gründung der SOV Anfang Mai 1996 ein wichtiger Schritt in der politischen Entwicklung des Marxismus in Österreich.

Es ist immer zu wenig Platz in einer Zeitung. Im September 1996 wollen wir von der Sozialistischen Offensive Vorwärts (SOV) mit einer "neuen" Einheit starten: Sie soll natürlich besser und aktueller werden. Wenn Ihr Euch über die SOV informieren, das SOV-Programm oder Publikationen haben oder sogar mitarbeiten wollt - dann ruft an oder schreibt uns: SOV - Postfach 2, 1082 Wien - Telefon: 59 70 432. Mit kollegialen Grüßen. Thomas Kerschbaum.

Das Programm der SPÖ-Wien zur Gesundheitspolitik (aus den Internet-Seiten der SPÖ)

Vorbemerkung zum SPÖ-Wien-Programm zur "Gesundheit":

Es wird den LeserInnen auffallen, daß dieses Programm sehr, sehr allgemein gehalten ist. Die SPÖ-Wien ist immerhin bis zum Oktober 1996 noch mit der absoluten Mandatsmehrheit im Rathaus ausgestattet und hatte in den letzten Jahren genug Gelegenheiten, das Gesundheitssystem nach sozialen Gesichtspunkten zu reformieren und zu verbessern. Na ja, die Sachzwänge eben. Und kämpfen? Der Gesundheitsstadtrat der SPÖ erzählt gerne bei offiziellen Reden von den sozialen Errungenschaften des "Roten Wiens", die besonders in der Gesundheitspolitik Früchte trugen. Allerdings ist diese Tradition der Wiener Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie in der heutigen SPÖ nicht mehr anzutreffen. Die Sozial- und Gesundheitspolitik der SPÖ muß sich aber an den konkreten Taten messen lassen. Die Gemeinde Wien beschäftigt an die 80.000 ArbeitnehmerInnen, ein großer Teil davon arbeitet im Gesundheits- und Sozialbereich. Es gibt in der Stadt in Bezug auf Personen und Einrichtungen ein großes Entwicklungspotential - aber der politische Zug, den auch die SPÖ-Führung steuert, fährt in Richtung Sozialabbau, Privatisierung und Einschränkung der Leistungen im Sozialund Gesundheitsbereich. Die SPÖ-Wien als größte SPÖ-Organisation wird sich nach den Wiener Wahlen wohl entscheiden müssen, welchen politischen Weg und mit wem sie diesen geht. Illusionen sollten wir uns alle darüber nicht machen!

> (...) Gesundheit bedeutet heute mehr denn je zweierlei: die Gesundheit des Körpers und vor allem die Gesundheit der Umwelt. Deshalb brauchen wir in erster Linie eine ökologische Stadt, der die Luft nicht ausgeht. Und gleichzeitig ein Gesundheitswesen, das die gesamte Bevölkerung, quer durch alle sozialen Gruppen, vorbildlich behandelt. Das Gesundheitswesen. Unsere Stärke.

Lärm macht krank. Eines der Ziele der Wiener SPÖ ist es daher, den Verkehrsen-

rhin

ab-

aus

das

Ge-

ver-

ben.

trat

Men

Wie-

mo-

tehr

und-

- an

Die

die

oßer

und

it in

rgen

aber

PÖ-

rial-

Wien

sich

chei-

Weg

onen

ma-

nehr

t der

erster

Luft

Ge-

evöl-

ppen,

eits-

e der

ehrs-

fluß so zu organisieren, daß die Umweltbelastungen so stark wie möglich reduziert werden. Dazu gehört der neue Stadtentwicklungsplan, der Wien ins 21. Jahrhundert führen wird. Dieser Stadtentwicklungsplan gilt als politische Forderung mit höchster Priorität. Wir müssen heute die Grundsteine für die ökologische Stadt von morgen legen. Eine Stadt, die auch in Zukunft optimale Lebens- und Umweltbedingungen garantiert.

Die Verringerung von CO2 ist duch eine umweltfreundliche Organisation des Verkehrs, aber auch durch Energieeinsparungen beim Planen und Bauen möglich. Deshalb werden vor allem alternative Energiesysteme besonders gefördert. Das heißt, Ausnützen des örtlichen Klimas (Klima, Höhenlage, Ausrichtung nach der Sonne, Einsatz von Recyclingbaustoffen) bei der Entwicklung von Stadtteilen auszunützen, wie zum Beispiel bei der Solar-Siedlung "Sun-City". (...)

Die einmalig großen Grünräume Wiens gilt es, rechtlich abzusichern. Analog zum 1.000 Hektar-Programm Nord wird heute der Grüngürtel um Wien im Süden und Westen geschlossen und zur Tabu-Zone für jede Bebauung erklärt. Im Zentrum ist "grüne Verdichtung" durch Verkehrsberuhigung, Neugestaltung von Straßen und Plätzen, Neubepflanzung mit Bäumen und Erweiterung von Parks in Kombination mit Tiefgaragen-Projekten vorgesehen.

Gesundheitspolitik ist Gesellschaftspolitik. Deshalb gilt es, im Gesundheitswesen jeglichem Ansatz von einer "2-Klassen-Medizin" mit Nachdruck entgegenzutreten. Das hohe Niveau unseres Gesundheitssystems ist Voraussetzung des persönlichen Wohlstands vieler Menschen. Durch die gestiegene Lebenserwartung sind aber natürlich die Ausgaben im Gesundheitswesen ebenfalls gestiegen.

Gesundheit hat ihren Preis, allerdings Gesundheit um jeden Preis werden wir uns nicht leisten können. Diese Situation macht Finanzierungskonzepte notwendig, die über eine ausschließliche Verlängerung der KRAZAF - Vereinbarungen hinausgehen. Auch die bestehenden Strukturen müssen reformiert werden. Wenn die Leistungen, die bisher Spitäler erbracht haben, kostengünstig von niedergelassenen Ärzten erbracht werden sollen, müssen deren Leistungsmöglichkeiten ausgebaut werden.

Dazu gehört ein leistungsorientiertes Verrechnungssystem, das die Kosten senkt, aber nicht zu einer Nivellierung nach unten und zu einer Bestrafung der Spitäler führen darf. Gewisse Standorte sind kritisch auf ihre Effizienz hin zu

Der Patient muß im Mittelpunkt stehen. Das Gesundheitswesen muß dem Patienten dienen. Deswegen sind bestehende Einrichtungen auf die Nachfrage einzustellen. Der partnerschaftlich-verständnisvolle Umgang mit dem Patienten und die Möglichkeit, sich in verschiedenen Bereichen selbst zu entscheiden, muß in den Vordergrund gerückt werden (Beispiel Frauenheilkunde). Dazu gehört auch der verständnisvolle Umgang mit den Angehörigen, die bei ihren Bemühungen um Pflege und Betreuung der Familienmitglieder zu unterstützen sind. Ein mobiles Gesundheitsservice unterstützt auch die Betreuung von behinderten Menschen. Pflege und Betreuung sollen - wenn möglich zu Hause erfolgen.

Vorbeugen ist besser als Heilen. Vorsorgeuntersuchungen, ein Gesundheitserziehungsprogramm und Vorsorgekampagnen müssen fester Bestandteil der Gesundheitspolitik werden. Durch die Einrichtung der "Wiener Gesundheitskonferenz", in der alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte vertreten sind, wird ein Instrument geschaffen, das durch gezielte Kommunikation mit den WienerInnen dafür sorgt, daß die Menschen in dieser Stadt länger gesund bleiben und besser leben. Ein wichtiger Bestandteil des vorbildlichen Gesundheitswesens ist die Rehabilitation. Dies gilt für alle Fachgebiete der Medizin und für alle Altersstufen. Damit wird der Focus von der Rehabilitation abgelenkt, die sich bis jetzt vor allem auf die Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsprozeß gerichtet hat.

Das Rehabilitationszentrum für Kinder soll so rasch wie möglich im Mautner Markhof'schen Kinderspital errichtet werden. Die Allgemeine Poliklinik wird zu einem Geriatrischen Zentrum ausgebaut.<

(Das gesamte Wahlprogramm der SPÖ-Wien ist sehr, sehr allgemein gehalten, allerdings sollte man es sehr genau auch zwischen den Zeilen - lesen.)

Zitat aus: Der teure Weg allen Fleisches - Ethik und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitsgewerbe, erschienen im Kursbuch mit dem Titel "Verteidigung des Körpers", Heft 119, März 1995, Deutschland.

"(...) Vom großen Clinch um die Verteilung von Komfort und Einkommen bleibt selbstredend auch das Krankenwesen nicht verschont. Dabei wird schon recht bedrohlich mit dem Knüppel aus dem Sack schmerzhafter Leistungskürzungen gewinkt. "Die Kumulation von demographischer Entwicklung mit steigender Multimorbidität, medizinischem und medizin-technischem Fortschritt, steigenden Ansprüchen an die Lebensqualität bei Krankheit oder Leiden, Körperbehinderungen und chronischen Krankheiten läßt den Leistungsbedarf stärker ansteigen, als die Politik den Versicherten zur Finanzierung über Sozialversicherungsbeiträgen zumuten will." So lesen wir in den Eingangsthesen zum voluminösen Gutachten "Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung 2000. Eigenverantwortung, Subsidiarität und Solidarität bei sich veränderenden Rahmenbedingungen - Sachstandsbericht 1994" des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen. Kurzum, wir werden immer kränker und älter und werden zugleich beim Kranksein und im Alter immer anspruchsvoller und leidfeindlicher.

Doch was scheinheilig nur unter den Schlagworten "Subsidiarität" und "Solidarität" daherkommt, hat natürlich massive Konsequenzen für die Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital. Denn von dem, was über die "Solidargemeinschaft", im Klartext: über die Krankenversicherungen läuft und folglich beitragsfinanziert ist, zahlt im Normalfall der Arbeitgeber zur Hälfte. Zu dem, was der Eigenverantwortung anheimfällt, zahlt er nichts hinzu. Gewiß gibt es stets auch das Problem unfairer Belastungen der Versichertengemeinschaft durch die Cleveren und Komfortbewußteren, doch Hauptprofiteure einer Leistungsbeschneidung in der "Gesetzlichen" sind evident diejenigen, die lediglich zur Kostenmitträgerschaft verpflichtet, nicht aber Leistungsempfänger sind - also die Arbeitgeberschaft. So versäumt es das oben genannte offiziöse Gutachten auch nicht, an geeigneter Stelle auf die Lohnnebenkosten und die Belastungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland hinzuweisen, Angesichts der Dauerdebatte um die stets nächste Gesundheitsreform, über Mißbrauchsverdächte und kaskadische Kostenexplosionen ist es angezeigt, einen Blick auf die nackten Zahlen zu werfen, zumal da dem Ganzen eben jene offiziös verschwiegene verteilungspolitische Brisanz innewohnt. (...)"

P.S. Vielleicht habt Ihr jetzt Lust bekommen, mehr darüber zu lesen. Die Redaktion.

Dokumentation

Das Gesundheits-Programm der "Bewegung Rotes Wien" ist zur Wiener Wahl 1996 geschrieben worden.

Das Programm enthält wichtige, auch grundsätzliche Forderungen, faßt sehr gut die Bedürfnisse einer sozial orientierten Gesundheitspolitik zusammen und deutet im Absatz zu "Grundsätze der Finanzierung" auch ein bißchen die sozialen Ursachen der Steigerung bei Invalidität und Berufsunfähigkeit an. Das Forderungsprogramm fordert zwar eine "radikale soziale Reform des Gesundheitswesen", geht aber einer Analyse und einem Angriff auf den Kapitalismus aus dem Weg. Es werden zwar die notwendigen Änderungen beschrieben, aber es gibt keine Forderungen zur Frage des Eigentums an Produktionsmitteln im Gesundheitsbereich. In einem Forderungsprogramm werden immer Forderungen, die jemand wichtig findet, fehlen. Wichtig ist die politische Richtung, vor allem aber eine klare Aussage, ob man im Prinzip für oder gegen (kapitalistische) Marktwirtschaft ist, ob man durch die Reformen das System verbessern will oder die Reformen ein Übergangsprogramm zur Überwindung des Kapitalismus sind. Zwar wird beim Pflegegeldgesetz die "scharfe Kontrolle über die Qualität von Leistungen privater Anbieter" gefordert, was sicherlich wichtig ist, aber es wird die Privat- und Marktwirtschaft nicht grundsätzlich angegriffen. Dies ist aber deswegen unbedingt anzusprechen, weil nur der Blick hinter die Kulissen des Kapitalismus eine durchgängige politische Alternative - den Sozialismus - ermöglicht, Dabei sollte immer die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Eigen- und Reichtums bzw. der Besitzverhältnisse im Mittelpunkt stehen. Was man von der SPÖ nicht erwarten kann, aber sehr wohl von der "Bewegung Rotes Wien" bzw. KPÖ einmal abgesehen von der allgemeinen Einschätzung der praktischen/ theoretischen politischen Arbeit der Wahlliste bzw. der KPÖ (über die man/ frau im VORWÄRTS mehr lesen kann).

Ein Auszug:

>> Die Gesundheit

Gerade in der Organisation und Finanzierung des Gesundheitssystems offenbart

eine Gesellschaft, wieviel der Mensch in ihr gilt. Das österreichische Gesundheitswesen ist in einer tiefen Krise. Der Staat entzieht sich zunehmend seiner finanziellen Verpflichtung gegenüber dem Gesundheitswesen und hat die finanziellen Reserven der sozialen Krankenversicherung weitgehend geplündert.

Die Spitalskosten explodieren. Die Preispolitik der Pharmakonzerne ist jeder Kontrolle entglitten. Die Ärztekammer macht eine Politik, die den Profit vor die Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung stllt und blockiert den Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens im Simme einer flächendeckenden Gesundheitsvorsorge und -versorgung.

Eine grundlegende Reform in Wien und in Österreich ist erforderlich. Kern aller künftig notwendigen Reformen muß die soziale Krankenversicherung als Selbstverwaltung sein. D.h. die Pflichtversicherung darf nicht einer bloßen Versicherungspflicht weichen, weil dadurch der Zwei-Klassen-Medizin Tür und Tor geöffnet wird.

Die Bewegung Rotes Wien fordert die Gemeinde Wien auf, sich an der Gesundheits-Definition der WHO (Weltgesundheitsorganisation) zu orientieren und danach zu handeln:

"Gesundheit ist ein Zustand des vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheit und Gebrechen."

Daraus folgt: Eine radikale Reform des Gesundheitswesens muß > den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

> den Zusammenhang von Krankheiten und gesellschaftlichen Mißständen erkennen, > darauf abzielen, nicht nur bereits bestehende Krankheiten zu behandeln, sondern ihre Ursachen zu bekämpfen. (...)

Weitgehende Dezentralisierung des Gesundheitswesens:

> Aufbau eines benutzernahen Netzes von Gesundheits- und Sozialsprengeln mit vorbeugender und heilender/ behandelnder Funktion.

> Ein eigenes, an die Gesundheits- und Sozialstützpunkte angelehntes sozialmedizinisches Versorgungsnetz murß geschaffen werden. Besonders betragte Menschen brauchen die Garantie für einen erfüllten Lebensabend in gewohnter Umgebung.

> Im Gesamtplan der Gesundheitssprengel sind auch Einrichtungen wie Tageszentren, Tages- und Nachtkliniken, Pflegestationen für unterschiedliche Bedürfnisse und andere dezentrale Einrichtungen vorzusehen. > Verstärkter Ausbau der Arbeitsmedizin.

> Flächendeckende Errichtung arbeitsmedizinischer Zentren und verbesserte Ausbildung der ArbeitsmedizinerInnen und BetriebsärztInnen in Richtung Vorsorge, Erkennung arbeitsspezifischer Gefahren und Kenntnis gefährlicher Stoffe.

> Verstärkte Schutzbestimmungen für unselbständig Erwerbstätige auf dem Sektor von Gesundheits- und Unfallschutz in Betrieben und Dienststellen. Dazu bedarf es eines Ausbaus der Arbeitsinspektorate und des ArbeitnehmerInnenschutzes.

> Erweiterung des Berufskrankheitenkatalogs, um jene Erkrankungen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit druch die Ausübung der Erwerbstätigkeit hervorgerufen werden, um diesen entgegenwirken zu können.

Forderungen:

> Zur Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin: Gleiches Recht auf gleiche Behandlung bei gleicher Erkrankung für alle PatientInnen.

> Leistungsgerechte Abgeltung der Kosten der Spitalsbehandlung durch den Sozialversicherungsträger.

> Übersichtliche, ausreichende und verständliche Information über Kostenübernahmen durch den SV-Träger.

> Abschaffung jeglicher Selbstbehalte: wie z.B. Spitalskostenbeitrag, Medikamentengebühr, Kuraufenthalt oder bei Heil- und Pflegebehelfen (Brillen, Rollstühle, Krücken, Zahnprotesen etc.)

> Medikamente, Heil- und Pflegebehelfe, die von Spitälern oder ÄrztInnen verordnet werden, sollen keiner Genehmigungspflicht durch den Chefarzt unterliegen.

> Schaffung eines Gerätepools für die Spitäler der Gemeinde Wien, um eine optimale Kapazitätsauslastung zu gewährleisten

> Beseitigung von Koordinierungs- und Informationsmängeln, die zu belastenden Mehrfachuntersuchungen führen.

> Änderung der Definition von "Krankheit" im ASVG ("Krankheit muß heilbar sein") im Sinne der Weltgesundheitsorganisation. Auch chronisch Kranke und Erkrankte im letzten Stadium ihres Lebens haben das Recht auf bestmögliche Betreuung, Behandlung und Schmerzfreiheit. Daher Streichung der "Asylierung" (Einstellung der Versicherungsleistungen) aus dem ASVG. Ausbau diesbezüglicher Hospize und Aufnahme in diese ohne Kostenbeteiligung.

- > Ausbeu der öffentlichen Ambulatorien und Förderung von "Gemeinschaftspraxen" durch die Gemeinde.
- > Durchbrechung des Kassenvertragsmonopols der Ärztekammer:

Jede/r niedergelassene Arzt/ Ärztin soll ohne Einschränkung die Betreuung von PatientInnen mit allen Kassen verrechnen können.

- > Bei der Verordnung von Medikamenten soll der Substanzname (Inhaltsstoff) und nicht der Präparatname angegeben werden. Von den Apotheken ist das kostengünstigste Präparat auszufolgen.
- > Einbindung und Mitsprache von Selbsthilfe- und Angehörigengruppen in die Aufklärung, Beratung und Betreuung im stationären und außerstationären Bereich, wie auch in Gremien, die über Belange von PatientInnen entscheiden.
- > Mehr Kompetenz für PatientInnenanwältInnen und SachwalterInnen.
- > Verstärkte Informationsmaßnahmen über Aids, Förderung von anonymen Beratungs- und Betreuungseinrichtungen unter Berücksichtigung der Anonymität und des Datenschutzes.
- > Schaffung von eigenen Therapieeinrichtungen für drogenabhängige Kinder und Jugendliche.
- > Freigabe und Entkriminalisierung des

Konsums der "weichen" Drogen wie Haschisch, Marihuana.

Grundsätze der Finanzierung:

Es ist davon auszugehen, daß die dramatischen Steigerungsraten bei der Invalidität und Berufsunfähigkeit sowie die Zunahme von Erkrankungen in der Arbeitswelt die Folge vermehrten Drucks am Arbeitsplatz sind. Verschlechterte Arbeitsbedingungen, rein wertschöpfungsorientierte Veränderungen der Arbeitsorganisation, Unterordnung des Faktors Mensch unter die Anforderungen optimaler Nutzung der Technik und zunehmender Streß bewirken unmittelbar und mittelbar eine Verschlechterung der Gesundheitssituation.

Die Finanzierung des Gesundheitswesens und die Kosten einer grundlegenden Reform müssen daher neben den gegebenen Finanzierungsgrundlage auf das Verursacherprinzip gestützt werden.

Das heißt: Zusätzliche Finanzierungsmittel sind über eine verstärkte Kapitalbesteuerung sicherzustellen. Die finanzielle Grundausstattung der sozialen Krankenversicherung hat über die Dritteldeckung zu erfolgen - 1/3 über die Versicherten, 1/3 über die Wirtschaft, 1/3 über die staatlichen Haushalte.

Das Pflegegesetz:

Mit der Einführung des Pflegegeldgesetzes wurden alle bisher kostenlosen Leistungen der "Sozialen Dienste" von Ländern und Gemeinden, so auch in Wien kostenpflichtig bzw. rigoros verteuert. Gewährtem Pflegegeld von S 30 bis S 50 pro Stunde stehen nun Preise der Gemeinde von mindestens S 62 bis weit über S 300 gegenüber, bei den privaten Anbietern noch viel höhere. Das bedeutet, daß die ärztlich empfohlene und mittels Pflegeld gewährte Pflegestundenanzahl von vielen PflegeldbezieherInnen nicht in Anspruch genommen werden kann.

Zusätzlich werden mit dem beschlossenen Belastungspaket weitere Leistungskürzungen vorgenommen.

Wir fordern daher:

- > Rücknahme der Verschlechterungen durch das Belastungspaket.
- > Rücknahme des vom Gemeinderat beschlossenen Kostenbeitragssystems. Die Pflegesätze der Sozialen Dienste dürfen nicht höher sein als die Stundensätze des Pflegegeldes.
- > Pflege muß vorrangig als öffentliche Dienstleistung angeboten werden. Diese muß den Bedürfnissen und Ansprüchen der PatientInnen entsprechen.
- > Das Pflegepersonal muß in ordentlichen Dienstverhältnissen beschäftigt sein.
- > Scharfe Kontrollen über die Qualität von Leistungen privater Anbieter.
- > Ausreichende Höhe des Pflegegeldes, um wirklich qualifizierte Hilfe in Anspruch nehmen zu können.
- > Verstärkte Aufklärung über den Zugang zu Pflegegeld. << Zitat Ende.

GERADE JETZT: VORWÄRTS - die sozialistische Zeitung!

Einfach abonnieren - an VORWÄRTS schreiben: VORWÄRTS, Postfach 2, 1082 Wien Einfach Geld überweisen (öS 100.-für 10 Nummern): Das VORWÄRTS-Abo-Konto: PSK 8812.733

DIE EINHEIT!

Spendet! Wir brauchen EURE Unterstützung! Unser Spendenkonto: PSK 8812.733! Abonniert **DIE EINHEIT!**

5 Ausgaben Einheit und jede Menge Infos für 100 Schilling! Einfach auf unser Abo-Konto überweisen: PSK 8812.733! (Leider wurde eine Preiserhöhung notwendig.)

VORWÄRTS und DIE EINHEIT gemeinsam öS 200,- für 1 Jahr!

Im VORWÄRTS - Shop zu haben (inklusive Porto):

- Das *VORWÄRTS* Programm (35.-)
- ⇒ Broschüre zu Indien und Spanischer Bürgerkrieg. NEU!
- verschieden Broschüren und Bücher

(Bitte die Bestell-Liste bei der Redaktion anfordern.)

"Gegen Nazis" T-Shirts (120.-)

WIR FREUEN UNS ÜBER JEDE SPENDE!

Spenden garantieren die Erscheinung von *VORWÄRTS* und **EINHEIT!** Mit Euren Spenden organisieren wir den

Mit Euren Spenden organisieren wir den Widerstand gegen den Sozialabbau!

Das VORWÄRTS - Spendenkonto PSK 8812.733

Semperit: "Pure Erpressung"

So kommentierte Semperit-Zentralbetriebsratsvorsitzender Rudolf Neubauer den Startschuß der deutschen Konzernmutter Continental AG zum Kostenkampf der zwölf europäischen Conti-Werke.



Peter Haumer Arbeiterbetriebsrat, Gewerkschaft MBE

Continental, nach Michelin, Bridgestone und Goodyear viertgrößter Reifenhersteller der Welt und nach dem Weltmarktführer Michelin Europa-Zweiter, will heuer noch ein europäisches PKW-Reifenwerk schließen. Wird die PKW-Reifenproduktion in Traiskirchen nach Tschechien verlagert, wie es ja angekündigt wurde, ist auch die LKW-Reifenproduktion trotz günstigster Kostenstruktur innerhalb des Konzerns nicht zu halten. Mit derzeit 500.000 LKW-Reifen wäre die Produktion unrentabel, die Stückzahl müßte mindestens verdoppelt werden. Da die LKW-Fertigung wesentlich weniger personalintensiv als bei PKW-Reifen ist, wäre dann aber ein dramatischer Arbeitsplatz-Verlust die Folge. Arbeiterbetriebsrat Harald Guttmann schätzt, daß ein Abzug der PKW-Reifenproduktion den Verlust von 1.000 Arbeitsplätzen nach sich ziehen würde und damit die Existenz des Traiskirchner Werkes grundsätzlich gefährdet wäre, da ein Ausbau der LKW-Reifenproduktion "derzeit nicht zur Diskussion steht".

In der Aufsichtsratssitzung vom 13.5.96

wurden nun einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen beschlossen, ohne im Gegenzug die vom Betriebsrat geforderten Standortgarantie abzugeben. Vorstand Werner Kraus umreißt das Ziel der Rationalisierungsmaßnahmen treffend folgendermaßen: "Letztlich müssen wir mit 20 Prozent weniger Leuten die gleiche Produktion schaffen." Das vorgelegte "Sparpaket" erstreckt sich auf zwei Jahre, womit gleichzeitig das Werk mittelfristig gesichert sein dürfte. Marketing-Chef

Bernd Bartha dazu: "Wenn wir es schaffen, drei Viertel Einsparungspotential noch heuer und das restliche Viertel bis Ende 1997 umzusetzen, haben wir reelle Chancen." Das zwischen Betriebsrat und Vorstand ausgehandelte Paket sieht die Einsparung von 370 Millionen Schilling und den Abbau von 548 der insgesamt rund 2.400 Beschäftigten vor; weiters eine Nullohnrunde (würde ungefähr 37 Millionen Schilling bringen) und die Abgeltung von Überstunden durch Zeitausgleich. Im Klartext bedeutet die neue Vorgabe des Eigentümers Conti, daß heuer die Kosten bereits um rund 280 Millionen Schilling gesenkt werden müssen.

Die Forderungen des Betriebsrates

"Der Conti-Vorstand hat in der zehnstündigen Aufsichtsratssitzung nicht einmal die Andeutung einer Standortsicherung gemacht", gibt Rudolf Neubauer die Stimmung wieder. Lediglich "reelle Chancen" werden dem Werk eingeräumt. Dabei hat der Zentralbetriebsrat sich wirklich bemüht, selbst genügend Einsparungsvorschläge zu erarbeiten, um dem Vorstand doch noch eine Standortgarantie abzuringen. Der Betriebsrat ist zu Lohnkürzungen und Arbeit auf Bedarf nach einem Ganzjahres-Arbeitszeitmodell bereit, um möglichst viele Arbeitsplätze im Werk zu retten, und er kündigt wieder einmal vielversprechend an, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Aber mittlerweile sollte schon klar sein, wie dies Rudolf Neubauer meint, nämlich, indem "wir tüchtiger und billiger produzieren". Sozialpläne für die vorgesehenen Kündigungen seien daher auch noch nicht ausverhandelt, denn die Betriebsräte suchen noch nach anderen Spar-Varianten. Mehr als hundert Kündigungen sollen so noch verhindert werden können. Im Traiskirchner Werk hat Conti seit der Übernahme 1985 bereits 1.000 Arbeitsplätze vernichtet, obwohl die verschiedensten Betriebsräte die Belegschaft immer wieder angehalten haben, "tüchtiger und billiger" zu produzieren - selbst mit Freischichten, also unbezahlter Arbeit. Die Betriebsräte stellen sich nicht gegen die Absichten von Conti, die Standorte gegenseitig auszuspielen und so Lohn- und Sozialdumping, verbunden mit Arbeitsplatzabbau und Arbeitsintensivierung, zu betreiben, sondern sie spielen willig mit in diesem konzerninternen Wettkampf. Dabei haben sie mehr als 10 Jahre Zeit gehabt, die Machinationen der Conti-Eigentümer zu durchschauen.

Zwölf Standorte hat Conti in Europa, und sie arbeiten "gegeneinander", zum Nutzen der Conti-Eigentümer. Nicht nur bei Semperit in Traiskirchen werden nämlich der Belegschaft Sparprogramme aufgezwungen, sondern ebenso den Belegschaften der anderen elf Standorte. Vorstand Werner Kraus schätzt, daß die mit Sparprogrammen wettstreitenden zwölf Werke Conti etwa 1,8 Milliarden Schilling ersparen. Davon entfallen also auf Traiskirchen "nur" 370 Millionen Schilling Einsparungen und 548 Kündigungen. Alle Standorte von Conti werden gegenwärtig "überprüft", und auf Grundlage dieser "Überprüfungen" erwartet sich der Reifenhersteller ab 1997/98 eine kräftige Steigerung der Nettoumsatzrendite nach Steu-

Conti - Arbeitsplatzvernichtung

Schon 1993 hat Conti weltweit mehr als 5.000 Arbeitsplätze vernichtet, und der Beschäftigtenstand pendelte sich bei ungefähr 50.000 MitarbeiterInnen ein. Damit hatte Conti seit 1990 jeden fünften Arbeitsplatz wegrationalisiert. Für 1994 kündigte Conti-Chef Hubertus von Grünberg den Abbau von noch einmal 2.000 Arbeitsplätzen an, wobei September 1994 bereits 2.541 Beschäftigte abgebaut worden waren. Der Gesamtbelegschaftsstand sank aber durch den Zukauf von neuen

Gesellschaften nur um 1.320 Beschäftigte auf 48.963.

Nun soll dieser Kahlschlag weitergehen: 548 Arbeitsplätze in Traiskirchen, und wer weiß wie viele in den anderen Standorten Contis in Europa. Conti wollte das Werk in Belfast (Nordirland) verkaufen. Doch nun wird bekannt, daß der japanische Hersteller Tayo an dem irischen Conti-Werk nicht mehr interessiert sei. Die Verhandlungen mit General Tyre über einen Verkauf blieben bis dato ohne Ergebnis. Das Werk, das kleiner als jenes in Traiskirchen ist und außerdem von den Kosten her ungünstig liegt, könnte daher als erstes geschlossen werden. Vorteil für Conti: Die Schließung wäre bereits jetzt zu finanzieren, ein komplettes Aus für Traiskirchen würde jedoch 3,5 Milliarden Schilling kosten, während die Schließungskosten für die PKW-Sparte nur 1,5 Milliarden Schilling ausmachen würden.

Man könnte meinen, tief ausatmen sei angesagt, denn die Chancen, als Conti-Standort zu überleben, sind wieder angestiegen. Doch Vorsicht ist angebracht.

Conti - auf dem Weg nach ganz oben

Michelin aus Clermont-Ferrant, der weltgrößte Reifenhersteller, und Continental, die Nummer vier der Welt und in Europa Nummer zwei, haben am 1. Februar 1995 eine Grundsatzvereinbarung zur Zusammenarbeit geschlossen, die die Gründung von Gemeinschaftsfirmen vorsieht. Sie erhoffen sich davon nach Continental-Angaben vom kommenden Jahr an jeweils Kosteneinsparungen in Höhe von 100 Millionen DM in den Bereichen Materialbeschaffung, Warendistribution und Systemgeschäft. Conti will weiters einen Produktionsstandort für Niedrigpreis-Reifen in Osteuropa in diese Allianz einbringen, womit wir wieder in Tschechien wären, wo ja das Barum-Werk ausgebaut werden soll. Diese "Elefantenhochzeit" wird vom deutschen Bundesverband Reifenhandel und Vulkaniseur-Handwerk (BRV) zu verhindern versucht: Die Europäische Kommission dürfe dem geplanten Jointventure nicht zustimmen. Egal, ob diese "Elefantenhochzeit" nun legalisiert wird oder nicht, alleine durch den Versuch wird gezeigt, wohin die Entwicklung gehen soll: Zuspitzung des internationalen Konkurrenzkampfes durch zunehmende Kapitalkonzentration, wobei durch Normierungen und Neustrukturierungen der Konzerne Überkapazitäten stillgelegt werden können. Die Opfer davon sind immer die

Lohnabhängigen; die einen mehr, weil sie ihren Arbeitsplatz verlieren, die anderen weniger, weil sie "nur" intensiver arbeiten müssen zu niedrigeren Löhnen. Darum sollte niemand in Traiskirchen kurzsichtig genug sein, um die Vorstandsbeschlüsse vom 13. Mai 1996 als Sieg oder auch nur als Teilsieg zu feiern und sich nun ruhig zurücklehnen. Die Fahrt geht weiter talwärts, und der Zeitpunkt des Aufpralles, des schrecklichen Erwachens, rückt immer näher!

Der Betriebsrat und "seine" Belegschaft

"Wir sind ohnehin zu Konzessionen bereit, das Sparpaket der Konzernmutter Conti tragen wir aber nur mit, wenn uns im Gegenzug eine Standortgarantie zumindest bis zum Jahr 2001 gegeben wird", so wiederum Harald Guttmann, Arbeiterbetriebsrat beim gefährdeten Reifenproduzenten Semperit. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß im Mai 1995 Generaldirektor Werner Kraus erklärte. daß der Standort Traiskirchen bis zum Jahr 2000 abgesichert sein soll. Wenn man aber beabsichtigt, um das Jahr 2000 das Werk zu schließen, so muß man schon vorher dementsprechend die Stimmung aufbereiten, auch um die zukünftigen Schließungskosten zu senken. Es könnte durchaus sein, daß die Schließung bereits beschlossene Sache ist und jetzt die Vorarbeiten hierfür geleistet werden. Die strikte Weigerung, eine Standortgarantie abzugeben, geht ebenfalls in diese Richtung, mittelfristig ist ja das Werk - auch bei einer beabsichtigten Schließung um das Jahr 2000 - tatsächlich abgesichert.

Möglichkeiten des Widerstandes

Hier ist der Betriebsrat gefordert. Er hat viele Informationen, aber er versteckt sich hinter der Belegschaft. Wir wissen vom Betriebsrat Alfred Artmäuer, daß sich die Belegschaft dem Sparpaket widersetzt. Der Vorstand müsse das Paket "gegen den Willen der Mitarbeiter durchsetzen". Seitens des Vorstandes gebe es "keine Verhandlungen, sondern ein Diktat". Das könne nicht hingenommen werden, zeigt sich der Betriebsrat kämpferisch, Streiks seien allerdings nur die "letzte Maßnahme". Doch wie will der Betriebsrat den Willen der Belegschaft zum Widerstand stärken? Dazu kein Wort, sondern, wie gehabt, eher das Gegenteil: abwiegeln und ruhighalten: "Streiks seien nur die letzte Maßnahme" -

wenn die Belegschaft spontan die Arbeit niederlegt, dann wird der Betriebsrat auch auf den fahrenden Zug aufspringen, das ist hier gemeint. Doch über seine Absichten dabei sollten wir uns keine Illusionen machen. Sein Ziel ist dann wahrscheinlich. ein möglichst schnelles Ende des Arbeitskampfes zu erreichen, denn - das Motto heißt: "tüchtiger und billiger" arbeiten! Der Betriebsrat weiß es seit langem, und mittlerweile sollte es allen anderen auch klar geworden sein: Der Widerstand kann nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn er international ist. Die Standorte des Conti-Multi dürfen sich nicht weiter gegeneinander ausspielen lassen. Es ist höchste Zeit, daß sich die Betriebsräte und Gewerkschaftsorganisationen aller Conti-Standorte in ihrem Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze und gegen Lohn- und Sozialdumping zusammenschließen. Der Betriebsrat des Semperit-Werkes muß aktiv werden, um eine Notkonferenz aller Betriebsratskörperschaften und Gewerkschaftsorganisationen der verschiedenen Conti-Werke zu organisieren. Zentrales Thema muß die Koordination des Widerstandes gegen die verschiedensten Sparprogramme des Conti-Konzerns sein, nach dem Motto: Schluß mit der Konkurrenzund Standortlogik! Für den gmeinsamen Kampf aller Conti-Beschäftigten gegen den Multi! Von Wien bis Dublin, von Portugal über Tschechien bis Indien und die USA, alle ArbeiterInnen und Angestellte haben einen gemeinsamen Feind, die Rationalisierer und Arbeitsplatzvernichter - hier der multinationale Konzern Continental!

Doch es darf mit dem Widerstand nicht gewartet werden, bis dieser internationale Zusammenschluß hergestellt ist, sondern er ist bereits jetzt notwendig, gegen die aktuellen Kündigungen und das aktuelle Lohn- und Sozialdumping. Der Betriebsrat darf es nicht passiv hinnehmen und lediglich mit verbaler Kritik begleiten. Die Ausgangsbedingungen für den zukünftigen Kampf werden so immer schlechter. In der Bevölkerung ist ein beachtliches Maß an Anteilnahme und potentieller Solidarität für die Semperit'ler vorhanden. Die Belegschaft selbst ist, nach Aussagen von Betriebsräten, gegen das Sparpaket. Ja, worauf wartet der Betriebsrat eigentlich noch? Er hat keinerlei Garantien bekommen und wird wahrscheinlich auch keine bekommen! Es ist höchste Zeit, ein Zeichen des Widerstandes zu setzen! (Mai 1996)

Die erste Chance verpaßt

Vorauseilender Gehorsam von GÖD und Lehrergewerkschaft beim "Sparpaket"

"Maastricht" zieht seit Jahren in Europa den "schlanken" Staat zur "sozialen Entlastung" der Konzerne auf dem Weltmarkt durch. Österreich macht da mit dem SPÖVP-"Sparpaket 2" keine Ausnahme. Krank-, Alt- und Arbeitslossein oder Bildung sollten da plötzlich nicht mehr defizitär sein (was doch unmittelbar einmal ihre ureigenste Sache ist). In Österreich hält sich diese neue Unmoral noch tief in der Bevölkerung und offenbar ebenso in der Beamtenschaft. Und unsere Gewerkschaften suhlen sich in der Unmoral. Von Italien bis Frankreich hat solches jedoch in beträchtlichem Ausmaß zu Abwehrkämpfen im Öffentlichen Dienst geführt. Unmittelbar nach Frankreich traten in Belgien die Öffentlich Beschäftigten in den sozialen Kampf. Die LehrerInnen wandten sich besonders radikal gegen die "Maastrichter" Regierungspläne des Dienstposten- und Pensionsabbaus.

Karl Fischbacher, apfl - Personalvertreter (UG-Liste)

Da wären also auch für uns in Österreich aus dem "fernen" Europa vielleicht Lehren zu ziehen. Frankreichs Juppé "garantierte" unter dem Druck der streikenden Staatsangestellten die Pensionsregelungen und zog für's erste einmal den Abbauplan bei den Eisenbahnen zurück. In Belgien lenkte Premier Dehaene ebenfalls (für's erste einmal) bei der Sozialversicherung ein. Und so beschränkt wir auch die dortigen Situationen mit Österreich vergleichen können, der vorauseilende Gehorsam der GÖD (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst) und ihrer Pflichtschullehrersektion gegenüber dem "Sparpaket" 1996 verspricht nichts Gutes für die öffentlich-Bediensteten in Österreich. Denn "Maastricht" regiert wie gesagt via SPÖVP-Regierung auch hierzulande. Die "Sparpakete" 3, 4 werden bereits geschnürt und zielen unzweifelhaft auf die volle Zerstörung der Arbeitsplatzsicherheiten und die Pensionen im Öffentlichen Dienst.

Beamtenprivilegien und Sozialabbau

Die GÖD hatte sich bekanntlich vollinhaltlich zum Abbau der 16 Milliarden Schilling für die "Konsolidierung" des Budgets bekannt. An sich könnte solches in der Tat eine Diskussion wert sein, daß der privilegierte Öffentliche Dienst etliche Milliarden beisteuert ... Aber zu debattieren wäre solches für linke GewerkschafterInnen ausschließlich als Beisteuerung für die Ärmsten unserer Gesellschaft (die nach wie vor mit unter 10.000.- überleben müssen); und beigesteuert von den tatsächlich Privilegierten bei "uns" - etwa dort oben in den Sektionsratsreihen mit ihren 85.000,- S Monatseinkommen und auch noch 60.000,- S Pensionen (gegenüber den kleinen BeamtInnen mit ihren 12-15.000.- Schilling Anfangsbruttogehältern und 17.000,- Schilling Pensionen).

Doch diese Debatte hat ohnehin keinen Sinn, denn weder die Regierung noch die GÖD verfolgen eine soziale Politik. Erstere baut rigoros bei den ärmeren und teils mittleren Bevölkerungsschichten ab und läßt die Tausendermilliarden Geldvermögen des Großkapitals unangetastet. Die 16 Milliarden "der GÖD" fließen somit ausschließlich in die staatlichen Schuldenzinszahlungen an die Großbanken, in die Milliardenzahlungen an die EU usw. Und Regierungsrat Dohr & Helm (Helm = Vorsitzender der Pflichtschullehrersektion) verhandelten stur beamtenborniert, sprich Sektions- und Regierungsrat-borniert. Daher war das strikte Nein der Unabhängigen Gewerkschafter (UG) zu diesen 16 Milliarden vollkommen richtig.

Der Abbau bei den BeamtInnen und LehrerInnen

Abseits jeder auch nur simplen Befragung der Bediensteten einigte sich die GÖD-Führung (bei den LehrerInnen in der Semsterferienzeit!) mit der Regierung. Im wesentlichen drückten sie sogenannte "Einmalzahlungen" von 6.300 S bis Ende 1997 durch, die aktuell und langfristig eine Minuslohnrunde ist (mit mehreren 100.000 S Lebenseinkommensverlusten für die BeamtInnen); zudem gestanden sie Einschnitte bei den Pensionen zu. Ein rund 10.000 - Planstellenabbau bis Ende 1997 wurde mittels Aufnahmestopp fixiert (und inzwischen verlängert); im Schulbereich gab es analog dazu SchülerInnen- und LehrerInnenstundenabbau.

Das "eigenständige Pensionsrecht" wäre indes verteidigt worden, posaunten dann im Februar die Gewerkschaftsbürokraten allerorten hinaus. Schlimmeres sei verhindert worden ...

Die Widerstandsposition stand auf verlorenem Posten.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG) blieben in dieser Auseinandersetzung nach wie vor zersplittert. Wir brachten keine vereinte Kampagne gegen die 16 Milliarden und den Sozialabbau zustande. Es blieb der Gewerkschaftsbürokratie in ganz wenigen Sektionen - etwa bei den Verkehrsbetrieben oder bei der Post - vorbehalten, Widerstand zu markieren, letztlich aber doch ruhig zu halten. Die Pflichtschullehrer-Sektion gehörte dabei wohl zu den devotesten, die, noch bevor irgendetwas verhandelt war, die Zustimmung "der LehrerInnen" (!) verkündet hatte!

Ich von der "apfl/ug" (Aktive PflichtschullehrerInnen / Unabhängige GewerkschafterInnen) glaubte da noch immer, daß in den Schulen Widerstandspotential zu bewegen wäre. Zum einen warnten KollegInnen von uns vor den bitteren Auswirkungen des Regierungs-GÖD-"Sparpakets" in den Schulen: Minuslohnrunde und pädagogischer Rückschritt durch Stundenkontigentskürzungen gerade bei den lebendigen Schulangeboten wie Projektschwerpunkten, beim Teamteaching, bei der Integration usw. In den

AHS würden Hunderte keine Vertragsverlängerungen bekommen bzw. keine Neuanstellung finden (heute sind es allein in Wien weit mehr als 1.000!). Im Pflichtschulbereich drohe unmittelbar dieselbe Verschlechterung. Andererseits wollen sie die Pragmatisierten noch als Greise in die Klasse stellen. Eine völlig verkehrte Politik von Regierung und GÖD, die "oben" die Frühpensionierungen kappt und "unten" die Arbeitslosigkeit forciert.

Sozialer und pädagogischer Rückschritt! Wir forderten zumindest Urabstimmungen zu diesem Abschluß.

Im GÖD-Zentralvorstend gab es dann am 23. Februar noch immerhin 44 Nein (gegenüber 76 Ja) zum 16 Millarden - Abbau. Doch das alles war schon wieder nur Ritual. Diese Gewerkschaft ist schon längst "Maastricht" - geklont. Den Geklonten war es zudem erneut gelungen, die Schläge gegen die Schulen im vertikal gespaltenen Schulsystem zeitversetzt zu führen. Hunderte AHS-LehrerInnen stehen bereits auf der Straße, während es die APS-LehrerInnen (mit den befristeten II-L-Verträgen) massiver wohl erst im nächsten Jahr treffen wird.

Um so wichtiger halte ich es, daß die Widerstandspositionen von Unabhängigen GewerkschafterInnen, auch wenn sie heuer völlig minoritär geblieben sind, den KollegInnen zu Gehör gekommen sind.

Auf der PflichtschullehrerInnen-Vertrauensleuteversammlung in Wien faßte ich die oppositionelle Position so zusammen:

"Kolleginnen und Kollegen, wäre es so schlecht gewesen, wenn wir das Beamtensparpaket und damit auch das gesamte Sparpaket - ja vielleicht sogar die ganze Koalitionsregierung - in Frage gestellt hätten? Es wird doch immer gesagt, daß wir BeamtInnen so einen schlechten Ruf haben. Wäre es also so schlecht gewesen, wenn wir ganz deutlich zum Ausdruck gebracht hätten, daß wir mit dem Beamtensparpaket das ganze asoziale Regierungspaket zu Fall bringen wollen.

Weil wir ebenso nicht damit einverstanden sind, daß hier auf Kosten der Arbeitslosen, der alleinerziehenden Mütter, der arbeitenden StudentInnen usw. gespart wird! Wieviele Sympathien hätten wir da bei diesen Bevölkerungsschichten erhalten können?!"

Indes, es gab nur schütteren Applaus. Die Masse der PflichtschullhererInnen hofft nach wie vor, daß es ihre Schule nicht so hart treffen wird. Und die Gewerkschaftsführung ist geklont.

Immer wichtiger wird der Auffbau einer österreichweiten militanten Gewerkschaftsopposition im ÖGB!

P.S.: Die Unabhängigen GewerkschafterInnen bestehend aus KIV, GE und ÖLI-UG sind noch weit davon entfernt. Ein Kurswechsel wird notwendig werden, um die UG in der nächsten Phase schwerpunktmäßig im gesamten Öffentlichen Dienst aufzubauen, damit sie wirklich zu einer relevanten oppositionellen Gewerkschaftskraft gegen Regierung und Gewerkschaftsbürokratie werden kann.

(Wien, 3. Mai, 1996)

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

Bekanntlich haben die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ihren Segen zum Beamtensparpaket 1996 wie schon 1995 gegeben - ohne auch nur einen kleinen Finger zu rühren, um die Gewerkschaftsbasis gegen diese Kürzungspolitik zu mobilisieren. Der leitende Sekretär der GdG, Rudolf Hundstorfer, hat auf der Dienststellenversammlung der MA 15/47 (Mitte Juni 96) nun tatsächlich versprochen, daß die Gewerkschaft zu zukünftigen "Sparpaketen" im öffentlichen Dienst auf keinen Fall ihre Zustimmung geben wird. Er hat allerdings auch gesagt, daß der Lohnabschluß und alles andere in Ordnung sind, denn man sieht ja, wie die Situation in Deutschland ist. Wie Koll. Hundstorfer dieses Versprechen im Namen der GdG abgab, mußten so manche KollegInnen wirklich schmunzeln. Jedes Jahr wieder hören und lesen wir solche "Versprechen" der Gewerkschaftsführung. Aber wann wird die Gewerkschaft endlich ernst machen?

Wo Ihr uns finden könnt:

(Stand: Juni 1996, in der Urlaubszeit kann es Verschiebungen geben.)

SOV - Ortsgruppe Wien Mitte jeden Mittwoch 19 Uhr / Amerlinghaus, Stiftg. 8, Wien 7

> SOV - Ortsgruppe Wien Süd jeden Mittwoch 19 Uhr / Jugendzentrum 5 Grünwaldgasse 4, Wien 5

SOV - Ortsgruppe Wien West jeden Dienstag 19.30 Uhr im Club International Payergasse 16, Wien 7 (Hinterzimmer)

SOV - Ortsgruppe Wien Nord jeden Freitag 19 Uhr im Cafe Spectrum Arnezhofergasse 8, Wien 2 (Extrazimmer)

> SOV - Ortsgruppe Wien Ost jeden Montag 19 Uhr Gestettengasse 14, Wien 3

Oberösterreich SOV - Ortsgruppe Wels jeden Samstag ab 16 Uhr im Stadtbeisl Kaiser Josef Platz, 4600 Wels

Niederösterreich SOV - Ortsgruppe NÖ / Wr. Neustadt jeden Donnerstag ab 18.30 Uhr im Orient Grill Kollonitschgasse, Wr. Neustadt (Nähe Bhf.)

"Sparpaket" und öffentlich-Bedienstete

-- Position der KIV --

Das folgende Positionspapier des Namenslistenverbundes "Konsequente Interessensvertretung" (Gemeinde Wien, Fraktion der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten) wurde während der Verhandlungen der Gewerkschaften Post, GÖD und GdG mit den Öffentlichen Dienstgebern vom Wiener KIV-Plenum verabschiedet. Die KIV-VertreterInnen haben (wie die Vertreter des GLB) auf allen Ebenen der Gewerkschaft gegen dieses Kürzungspaket gestimmt. Zur Erinnerung: Es gibt für alle öffentlich Bediensteten (Bund, Länder und Gemeinden sowie Post) eine Null-Lohnrunde für 1996 und 1997 mit Abschlagszahlungen, die nicht schemawirksam werden. Die Zulagen, die einen großen Teil des Gehaltes ausmachen können, werden nicht erhöht. Es gibt empfindliche Kürzungen u.a. bei der Pension sowie einen (beschränkten) Aufnahmestopp im Bund. Die Regierung und die Wiener Stadtverwaltung versuchen, den Beschäftigtenstand zu reduzieren. Gemeinsam mit dem Sparpaket I im Jahr 1995 im öffentlichen Dienst und mit den allgemeinen Kürzungen und Belastungen, die alle ArbeitnehmerInnen treffen, stellt dieses Sparpaket II im Jahr 1996 einen beträchtlichen Aderlaß für die große Mehrheit der öffentlich-Bediensteten dar.

"Die Forderung nach Urabstimmung wurde abgelehnt. Der Zentralvorstand der GdG hat das Paket mit großer Mehrheit akzeptiert. Die KIV hat auf allen Ebenen dagegen gestimmt. Gegenstimmen kamen auch von: Wr. Verkehrsbetrieben, FCG, GLB und Tirol ..." (Alfred Bastecky, Bundessprecher der KIV, in einem Rundschreiben der KIV für die Beschäftigten der MA 15 und 47)

>> Die KIV-Position zum BeamtInnen-Sparpaket:

- Die Abschlagszahlungen sind unannehmbar!
- * Die Kumulationseffekte bei den öffentlich-Bediensteten sind ungerecht!
- * Es droht Existenzgefährdung bei den unteren Einkommen!
- * Wir fordern eine Urabstimmung über den Abschluß!

Zur "Gehaltsrunde":

Mit einer bescheidenen Gehaltsrunde war angesichts der Rahmenbedingungen zu rechnen. Zweimalige Abschlagszahlungen anstelle einer zumindest geringen Gehaltserhöhung sind unannehmbar. Sie werden nicht schemawirksam. Für 1998 muß auf Basis der Gehaltsansätze von 1995 verhandelt werden. Das bedeutet eine nicht mehr wettzumachende Schmälerung der Lebensverdienstsummen, die in dieser Art keiner anderen Beschäftigtengruppe in Österreich zugemutet wird. Das Versprechen, bei den unteren und mittleren Einkommen zumindest die Inflation abzudecken, wurde nicht eingelöst.

Zum Kumulationseffekt:

Wir gehen davon aus, daß öffentlich-Bedienstete nicht ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse sind. Es ist daher überhaupt nicht einzusehen, daß öffentlich-Bedienstete zusätzlich zu den allgemeinen Maßnahmen im Steuer- und Sozialbereich, von denen sie voll betroffen sind, Zusatzbürden in diesem Ausmaß zu tragen haben. In diese Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß die BeamtInnen bereits anläßlich des Sparpaketes I nachhaltig wirksame Beiträge zur Budgekonsolidierung geleistet haben (zum Beispiel Pensionsbeitragserhöhung).

Zur Existenzgefährdung:

Der öffentliche Dienst besteht beileibe nicht nur aus den oft zitierten Spitzenverdienern. Auch Gehälter im öffentlichen Dienst dienen primär der Existenzsiche-

rung. Die unteren Einkommen mögen gemessen an der Mindestlohnforderung des ÖGB relativ gut im Vergleich zu manchen Teilen der Privatwirtschaft sein. Ein mehrfacher Aderlaß durch die allgemeinen Maßnahmen und die speziellen Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst bei hohem Mietniveau und gleichzeitiger Erhöhung zum Beispiel der Kommunalabgaben ist für viele nicht verkraftbar und spricht der angeblichen "sozialen Ausgewogenheit" Hohn. Soziale Ausgewogenheit heißt nicht, daß alle zur Kasse gebeten werden, sondern daß die Beiträge zur Konsolidierung der Staatsfinanzen nach dem Leistungsvermögen der einzelnen Gruppen bemessen wird. Wir erinnern daran, daß an Maßnahmen der letzten Steuerreform wie Senkung des Höchststeuersatzes, Abschaffung der Vermögenssteuer etc. nicht gerüttelt wurde. Das führt dazu, daß der prozentuelle Beitrag der Besserverdiener mit höherem Einkommen wieder sinkt.

Zur Urabstimmung:

Unbeschadet verschiedener Auffassungen über die Indikation von Urabstimmungen gibt es Situationen, die den Handlungsspielraum gewählter Funktionäre überschreiten. Eine zweimalige Abschlagszahlung anstelle einer Gehaltsrunde ist ein derart massiver Einschnitt, daß er nicht mehr unter einen allgemeinen WählerInnenauftrag subsumiert werden kann. Wenn das Verhandlungskomitee der Meinung ist, daß dieser Abschluß gerade noch vertretbar ist, dann soll es ihn gegenüber der Gewerkschaftsbasis argumentieren und einer Abstimmung unterwerfen. Eine Verweigerung einer Urabstimmung mit der Begründung, daß den Abschluß eine Mehrheit ablehnen würde, ist zynisch. Denn wenn das so ist, hat die Gewerkschaftsführung auch kein Recht, über die Köpfe der Betroffenen hinweg zuzustimmen. Gewerkschaft wird - bei aller Berücksichtigung übergeordneter und gesamtstaatlicher Notwendigkeiten - obsolet, wenn sie sich nicht mehr als Interessensvertretung legitimieren kann. <<

Der ÖGB braucht eine zweite Verteidigungslinie!

Fritz Keller, Personalvertreter, Namenslistenverbund KIV/ GdG

Sektionen der SPÖ und KPÖ, die von Mitgliedern getragen werden.

Dokumentation:

Diese Rede wurde vom Kollegen Fritz Keller am 13. Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der vom 17. bis 20. Oktober 1995 stattfand, gehalten.

>> Wie ein roter Faden - oder sollte man vielleicht besser sagen, wie ein rosaroter Faden? - zieht sich das Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft durch viele Reden und Anträge dieses Kongresses. Der Namenslistenverbund für "konsequente Interessensvertretung" in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, der ich angehöre, ist der Institution Sozialpartnerschaft schon immer sehr skeptisch gegenübergestanden. Ich will dabei gar nicht in Abrede stellen, daß dieses Land und seine Leuten dieser Sozialpartnerschaft - einmal nur wirtschaftlich betrachtet - in der Vergangenheit sehr viel zu verdanken haben: Wir leben in einem der reichsten Industriestaaten Europas. Auf der anderen Seite, wenn wir uns die 50 Jahre in die Anfänge der Sozialpartnerschaft zurückversetzen (denn für mich beginnt die Sozialpartnerschaft nicht mit der formellen Gründung der Paritätischen Kommission 1957, sondern bereits mit den Wirtschaftsdirektorien der ersten Nachkriegsjahre), dann sehen wir:

- * die Verstaatlichte Industrie, das sogenannte Königreich Waldbrunner,
- * verstaatlichte Banken und Versicherungswirtschaft,
- * einen großen kommunalisierten Sektor,
- * eine Bank für Arbeit und Wirtschaft, die diesen Namen noch verdient und noch nicht in Besitz bayrischer Stock-Konservativer übergegangen ist,
- * einen Konsum, in dem die GenossenschafterInnen etwas mitzureden haben.
- * eine Medienwelt, in der die Zeitungen der Arbeiterbewegungen - Arbeiter-Zeitung, Volksstimme, Kleine Zeitung - noch eine Rolle spielen,

Insgesamt sehen wir dann vor unserem geistigen Auge etwas, das den Namen "Bewegung" verdient, in der das Wort Solidarität noch keine leere Hülse war.

Warum diese Rückschau? Weil ich ein Nostalgiker bin? Weil ich die sozialdemokratischen KollegInnen verhöhnen will? Jeder, der mich kennt, weiß, daß das nicht meine Motive sind. Ich wollte vielmehr drastisch vor Augen führen, wie sich die Szenarien, wie sich die Gewichte durch 50 Jahre Sozialpartnerschaft verändert haben. Wir sind nämlich ar einen Punkt angelangt, wo es sich lohnt, gemeinsam nachzudenken, über einen gemeinsamen, anderen Weg in die Zukunft. Wobei wir bei diesen Überlegungen eine einmalige historische Chance haben. Durch über ein Jahrzehnt der Kämpfe der westeuropäischen Arbeiterbewegung gibt es einen reichen Erfah-

rungsschatz über die Auseinandersetzungen mit der Sorte Bossen in den Konzernzentralen, mit der es wir auch zunehmend zu tun bekommen werden. Die Bier- und Senffabrikanten sind als Unternehmertyp ein Auslaufmodell!

Wir sollten im Lichte dieser Erfahrungen gemeinsam darüber nachdenken, ob bei der Auseinandersetzung mit dieser Sorte Bosse die Sozialpartnerschaft allein ein taugliches Mittel sein kann? Wahrscheinlich

werde ich Euch aber mit meinen Argumenten nicht von Eurer Entscheidung für dieses System abbringen können. Deshalb noch ein anderer Vorschlag: Überlegt einmal, ob dieser ÖGB außer der Sozialpartnerschaft nicht noch eine zweite Verteidigungslinie braucht, in der nicht nur verhandelt, sondern auch gekämpft wird? Und wenn wir uns als zweite Verteidigungslinie auf Streiks vorbereiten, dann sollten wir uns ernsthaft die Frage stellen: Ist dieser ÖGB nach 50 Jahren Sozialpartnerschaft auf weiten Sektoren überhaupt noch streikfähig? Werden uns die Mitglieder folgen, wenn wir in heftigere Auseinandersetzungen mit den Bossen geraten?

Bauen wir deshalb gemeinsam eine Verteidigungslinie der Solidarität, eine Verteidigungslinie des Kampfes auf! Jeder muß an seiner Arbeitsstelle trachten, dafür zu werben, daß die Mitglieder die Anliegen des ÖGB wieder vermehrt als "ihre Sache" ansehen! <<

Gewerkschafts Stammtisch

Wir sind eine Gruppe von GewerkschafterInnen und an Gewerkschaftsarbeit interessierten Menschen. Wir sprechen über aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung, über den ÖGB... Wir wollen ein Netz von engagierten GewerkschafterInnen aufbauen. Wir wollen uns einmischen und Aktivitäten planen. Voraussetzung für unsere Aktivität ist Information. Und diese wollen wir uns beschaffen und anderen anbieten. Wir treffen uns regelmäßig.

jeden 2., 3. und 4. Mittwoch im Monat im Monat im "Zentrum Erdberg" (Eingang im Hof des Gemeindebaus, Zugang auch über Dietrichgasse)
Lechnerstr. 2-4, 1030 Wien
(Infos unter: 59 70 432)

Du willst eine Einladung zum nächsten Treffen? Schreib an VORWÄRTS

Betriebsräte auf dem Scheideweg

Die Kapitalisten verschärfen zusehends ihren Druck auf die lohnabhängigen Massen und deren freigewählten Vetretungen - die Betriebsräte oder Personalvertreter. Immer unverschämter werden die Forderungen des Kapitals, immer ohnmächtiger und sprachloser die Betriebsräte und immer konzessionsbereiter viele Belegschaften. Lohnkürzungen und Ausdehnung der Arbeitszeit stehen allgemein auf der Tagesordnung, und die verschiedenen Gewerkschaftsführungen paktieren dabei mit der Kapitalseite und rechtfertigen dies damit, daß nur so der Standort Österreich gesichert werden kann. Doch das Beispiel Semperit sollte uns eines Besseren belehren. Die Jagd nach den verschiedensten Extraprofiten zwingt die Kapitalisten stets, den billigsten Standort zu suchen und das Kapital wandert so wellenartig erst nach Tschechien, dann weiter nach Indien und China, und so von einem Flecken auf dem Globus zum nächsten. Die Folge ist allgemeines Lohnund Sozialdumping!



Peter Haumer Arbeiterbetriebsrat, Gewerkschaft MBE

Viele Betriebsräte sind ob dieser Entwicklung enttäuscht und zweifeln am stets gepredigten "sozialem" Charakter der freien Marktwirtschaft. Sie erfahren, daß ihr altes Politik- und Vertretungsmuster nicht mehr greift, müssen aber wuterfüllt immer wieder zur Kenntnis nehmen, daß sie - da sie sich ja in der Regel immer noch auf sozialpartnerschaftlichem Boden bewegen - über keine Alternative zum Konkurrenz- und Standortdenken verfügen. Aber auch die oppositionellen Listen und Betriebsräte stehen vor dem selben Problem - es müssen endlich Antworten auf den gegenwärtigen Angriff des Kapitals auf die Errungenschaften der lohnabhängigen Massen gefunden werden.

Die Gewerkschafts- und Arbeiterkammerführungen wollen die Betriebsräte und Personalvertreter wieder verstärkt als Ordnungsfaktor im Interesse des Kapitals erneuern, die Belegschaften erwarten sich von ihnen hingegen die Entwicklung einer Gegenmacht, die den Kapitalisten bei ihrem sozialen Kahlschlag in den Arm fallen kann.

So stellt denn die raue Wirklichkeit des Arbeitsalltags die Frage in all ihrer Schärfe - was sollen Betriebsräte sein: Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Dazu dieser Diskussionsbeitrag: Die "alten" Betriebsräte und die Belegschaften

In der ökonomischen Aufstiegsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg haben die jetzt alten und eingesessenen Betriebsräte viele Jahre hindurch die Interessen der Kollegenschaft wahrgenommen gegenüber den Betriebs- und Unternehmensleitungen. Sie haben aufgrund der günstigen Bedingungen - Arbeitskraft war Mangelware - im allgemeinen die Wünsche der Kollegenschaft in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen, soweit sie im Betrieb zu regeln sind, für diese zufriedenstellend erfüllt. Die Kollegenschaft war in ihren Wünschen befriedigt und hat sie dann auch wiedergewählt. Die Kapitalisten waren auch zufrieden mit der Tätigkeit der Betriebsräte als Puffer zwischen Betriebsleitung und ArbeiterInnen. Von Ausnahmen abgesehen erfüllten sie die Wünsche, die die Betriebsräte ihnen vortrugen und alles lief seinen ruhigen Gang. Dieser ruhige Gang war die Voraussetzung für das Profitmachen der Kapitalisten. Mit den Brosamen, die vom Tisch der ständig wachsenden Unternehmergewinne abfielen, konnten die Betriebsräte und die Gewerkschaften Ruhe und Ordnung im Betrieb aufrechterhalten. Unliebsame "Zwischenfälle" waren die Ausnahme, und die Beteiligten gingen schnell zur Tagesordnung über, die "Opfer" bekamen finanzielle Entschädigung und blieben allein. Diese ihre Tätigkeit hat die meisten Betriebs-

räte - vor allem die freigestellten - mehr oder weniger zu Verwaltungsbeamten und Rechtskonsulenten in den Betrieben werden lassen, an denen die technische Entwicklung in der Produktion vorbeigegangen ist. Wenn sie heute wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, müssen sie sehr oft feststellen, daß sie - vorausgesetzt, der Arbeitsplatz ist überhaupt noch da - den an sie gestellten Veränderungen dort nicht mehr gewachsen sind. Zu groß sind die inzwischen eingetretenen Veränderungen, ihre beruflichen Qualitäten reichen nicht mehr aus. Daher suchen sie im Falle ihrer Abwahl oft Unterschlupf im Verwaltungsapparat oder in der Gewerk-

Durch die immer heftiger und breiter werdenden Angriffe des Kapitals stellt die Kollegenschaft zunehmend fest, daß alles nicht mehr so klappt wie früher mit der Erfüllung ihrer Wünsche. Aber sie wollen oft noch nicht wahrhaben, daß es nicht mehr so wie gewohnt geht, weil die konjunkturellen Voraussetzungen andere geworden sind. Daher sehen sie oft in persönlicher Unfähigkeit und in der Tatsache, daß Betriebsräte "zu lange da gesessen haben", die Ursache. Sie suchen nach neuen Personen, die noch unverbraucht und unkompromittiert sind, und aus ihrer Mitte treten die "fortgeschrittensten" und "klassenbewußtesten" Kollegen und Kolleginnen, die "Jungen", hervor und stellen sich zur Wahl.

Die "Jungen" - alter Wein in neuen Schläuchen?

Neue Leute im Betriebsrat allein bedeuten aber noch keine neue Politik. Bei den neugewählten Kandidaten gibt es ebenso wie bei den alten die unterschiedlichsten Vorstellungen darüber, was man besser machen könnte. Nach den Wünschen der

VORWÄRTS - Spendenkonto

- - PSK 8812.733 - -

WählerInnen sollen sie es ja "besser" machen als die "Alten", bei den Kapitalisten mit größerem Erfolg vorsprechen, als es ihre Vorgänger in den letzten Jahren taten. Scharf reden und mit der Faust auf den Tisch hauen, das macht aber harte Unternehmerherzen nicht mehr weich. Die "Neuen" stehen vor anderen und weitaus schwierigeren Bedingungen, als sie die "Alten" zu Beginn ihrer Amtszeit vorfanden. Nicht nur daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen zusehends schlechter werden, haben sie auch noch mit der Feindschaft der "Alten" und ihrer Anhänger im Betrieb zu rechnen. Das verringert zusätzlich ihre Möglichkeiten, bei der Unternehmensleitung Druck ausüben zu kön-

Die Unternehmensleitungen werden die eintretende Aufspaltung der Belegschaft für ihre Interessen nutzen. "Teile und herrsche" ist ihre Devise. Daraus muß man die Schlußfolgerung ziehen, daß es nicht mehr möglich ist, diese Probleme auf die Dauer ohne einen tiefgreifenden Prozeß der Veränderung des Denkens der Kollegenschaft zu lösen. Damit die lohnabhängigen Massen aber verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer ausdauernder Arbeit. Die Verantwortung der klassenbewußten Kollegen und Kolleginnen - gleichgültig ob und welcher Organisation oder Partei sie angehören - ist groß. Es bedarf der Zusammenarbeit aller klassenbewußten Kollegen und Kolleginnen, die sich der Aufgabe bewußt sind, die darin besteht, die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen und Angestellten in Klassenbewußtsein umzuwandeln, aus der zornigen und enttäuschten Masse eine handelnde und selbstbewußte Klasse zu machen.

Denn in den kommenden Auseinandersetzungen kann es nur eine wirkliche und dauerhafte Stütze geben: das klassenbewußte Denken und Handeln der lohnabhängigen Massen selbst.

Weiters muß erkannt werden, daß wir erst dann auf dem richtigen Weg sind, wenn wir den Graben, der heute zwischen der kleinen klassenbewußten Minderheit und der großen Masse verhanden ist, wieder zuschütten können. Die Strategie und Taktik, um diesem Ziele näher zu kommen, ist nicht einfach zu finden. Wir müssen aufpassen, daß wir nicht in die von den Bürokraten aufgestellten Fallen (siehe Arbeitsverfassungsgesetz, zum Beispiel Schweigepflicht) laufen, mit denen sie ihre

Positionen zu festigen und uns vor den Mitgliedern herabzusetzen versuchen. All die Probleme, die auf uns zukommen, können nur durch gemeinsame Aussprachen mit den Belegschaften gelöst werden.

Klassenbewußte Betriebsräte und Personalvertreter müssen von Anfang an die Grenzen aufzeigen, die ihrem Einsatz gezogen sind und offenlegen, wie weit die Kräfte reichen. In dem Argument, "als Betriebsrat komme ich besser an Informationen", stecken oft Illusionen. Denn mit den Informationen - vorausgesetzt, daß man sie tatsächlich bekommt, und wenn man sie bekommt, müssen sie noch lange nicht stimmen - alleine kann man noch keine Politik machen. Es müssen geeignete Mittel und Wege zur Verfügung stehen, damit die Informationen in die Belegschaft gelangen können. Dabei muß man auch die Gefahr sehen, daß man durch die Verbreitung von "Geheim"-Informationen vom übrigen Betriebsrat leicht ins Abseits gedrängt werden kann.

Zu verschiedenen Anlässen wird man daher gezwungen sein, einen Kompromiß einzugehen. Und zwar dann, wenn man nach eingehender Überprüfung der BereitGelegenheit zu versuchen, ein besseres Ergebnis zu erreichen.

Die Überlegung, bei organisatorisch besserer und aktiverer Arbeit der Betriebsräte, Maßnahmen und Angriffe der Kapitalisten aufhalten zu können, steht auf wackligen Beinen. Die Kapitalisten sind bei Strafe des Untergangs gezwungen, ohne Rücksicht auf das Wohlergehen des einzelnen Arbeiters Rationalisierungen durchzuführen. Ihr Spielraum, innerhalb dessen es ihnen möglich ist, noch Zugeständnisse zu machen, wird dramatisch geringer. Schnell ist die Betriebsratsarbeit dadurch blockiert, daß man sich mit allen möglichen Stellungnahmen, Maßnahmen und Forderungen des Unternehmens auseinandersetzen muß, und schließlich zum Beispiel bei Kündigungen nur noch die Rolle des Prellbocks übernimmt, der nach Sozialkriterien "auswählen" darf und auf sich den Haß der Betroffenen lädt. Hier liegt auch ein wesentlicher Grund, warum und inwieweit der Betriebsrat für den Kapitalisten so wichtig wird. Er ist Autorität und Puffer gegenüber der Belegschaft und kann die "notwendigen" Schritte des Abbaus dieser gegenüber besser vertreten. Hier stellt sich die Frage: Wer nützt wem aus? Die Geschäftsleitung den Be-

> triebsrat zur Durchsetzung ihrer Interessen, oder die Kollegenschaft ihre gewählten Vertreter als organisierendes Element bei der Abwehr des Unternehmerangriffes?

Nur Betriebsratsposten zu besetzen, ist kein Maßstab für ArbeiterInnenpolitik und schafft keine Basis. Entscheidend ist, wie sie ihre Tätigkeit langfristig einrichten, ob sie dazu dient, die Einsicht der Kol-

legenschaft in gesellschaftliche Entwicklungen zu fördern und erste Ansätze der eigenen Aktivität der Kollegen und Kolleginnen zu schützen und zu verbreitern. Die gemeinsame Aussprache über die vor den ArbeiterInnen und Angestellten liegenden Probleme, die Vorbereitung kollektiven Denkens und Handelns als Voraussetzung zur gemeinsamen Abwehr der Unternehmerangriffe ist wichtigste Auf-

Klassenbewußte Betriebsräte und Personalvertreter müssen von Anfang an die Grenzen aufzeigen, die ihrem Einsatz gezogen sind und offenlegen, wie weit die Kräfte reichen. In dem Argument, "als Betriebsrat komme ich besser an Informationen", stecken oft Illusionen. Denn mit den Informationen - vorausgesetzt, daß man sie tatsächlich bekommt, und wenn man sie bekommt, müssen sie noch lange nicht stimmen alleine kann man noch keine Politik machen. Es müssen geeignete Mittel und Wege zur Verfügung stehen, damit die Informationen in die Belegschaft gelangen können. Dabei muß man auch die Gefahr sehen, daß man durch die Verbreitung von "Geheim"-Informationen vom übrigen Betriebsrat leicht ins Abseits gedrängt werden kann.

schaft der Belegschaft zum "Einmischen" in die Betriebspolitik zu dem Schluß kommt, daß ein Kompromiß das optimalste Ergebnis ist, dem Kräfteverhältnis entspricht. Aber es sollte niemals ein Kompromiß als ein Sieg verkauft werden, sondern es sollte der Kollegenschaft stets klar gesagt werden, daß man eine Art "Waffenstillstand" eingegangen ist, um Kräfte zu sammeln, um bei der nächsten

gabe. Dabei wandeln aktive Betriebsräte auf einem schmalen Grat; allein können sie Schritte der Kapitalisten in der Regel nicht durchkreuzen; versuchen sie, die Kollegenschaft einzubeziehen, stellen sie oft fest, daß diese nur bedingt bereit ist mitzuziehen. Die fortschrittlichsten Kollegen und Kolleginnen geraten in Gefahr, sich zu isolieren. Um diese Gefahr zu vermeiden, ist eine möglichst intensive Wechselbeziehung zwischen Belegschaft und Betriebsrat herzustellen.

Auf Wahlerfolgen, die in erster Linie auf Unzufriedenheit großer Teile der Belegschaft zurückzuführen sind, darf nicht eine "bessere" Stellvertreterpolitik folgen. Die Kollegenschaft will den alten Wein nicht aus neuen Schläuchen trinken. Konsequente Interessenspolitik muß heute heißen, der Belegschaft klarzumachen und einzuprägen, daß die Betriebsräte nur Vollzugsorgane des Willens der Belegschaften sein sollten, und daß dieser Wille die unbedingte Bereitschaft beinhalten muß, für ihre eigenen Interessen und auch die der gesamten Arbeiterklasse einzutreten. Das heißt heute, den Kampf um die Hirne und Herzen der Arbeiterschaft aufzunehmen, in ihnen die Herausbildung von Klassenbewußtsein zu fördern, den Zusammenschluß der fortgeschrittensten Kollegen und Kolleginnen anzustreben und die Mehrheit für klassenkämpferische und basisdemokratische Betriebs- und Gewerkschaftspolitik zu gewinnen.

Betriebsräte und Mitbestimmung

Eine zentrale Frage, über die sich alle Betriebsräte Rechenschaft ablegen sollten, ist ihr Verhältnis zur innerbetrieblichen Mitbestimmung, deren Träger sie nach den Vorstellungen der Gewerkschaften und des Arbeitsverfassungsgesetzes (ArbVG) sein sollten. Die nach dem ArbVG geregelte Mitbestimmung ist eines der entscheidenden Hindernisse für die Betriebsräte, unter der Kollegenschaft die Herausbildung von Klassenbewußtsein zu fördern. Das ArbVG schreibt die Stellvertreterpolitik gesetzlich vor, und verpflichtet die "Stellvertreter der Belegschaft", die Betriebsräte, stets auf das Wohl des Betriebes - gemeint sind die Profite - als oberstes Gebot ihres Handelns, Rücksicht zu nehmen. Es errichtet weiters zwischen der Belegschaft und deren Betriebsräten durch die Schweigepflicht und die Friedenspflicht ein schier unüberbrückbares Hindernis.

Betriebsräte werden in die Aufsichtsräte der Unternehmen geschickt, um dort umfassender in die Mitverantwortung genommen und besser korrumpiert werden zu können. Die Weichen der Betriebspolitik werden nicht in den Aufsichtsräten gestellt, sondern in den Konzernvorständen in Verbindungen mit den Hauptaktionären und Banken. Durch den unmittelbaren Kontakt der Hauptaktionäre mit den Unternehmensvorständen ist es bei der Unternehmensstruktur ohnehin ein leichtes, unbequeme Aufsichtsräte zu übergehen. Allenfalls wahrt man im Aufsichtsrat den Banken gegenüber den Anschein von Kompetenz. Doch auch das läßt sich unter der Herrschaft des Finanzkapitals leicht anders gestalten. Die Erkenntnis über die Rolle des Aufsichtsrates hat bei den Mitbestimmungsträgern sehr schnell dazu geführt, daß beim länger dauernden fürstlichen Bankett und Barbesuchen, nach kurzer Aufsichtsratssitzung, wenigstens in "fortgeschrittener Stimmung" einige Informationen zu erhalten wären. Es gibt kaum einen Aufsichtsrat, wo auch nur zur Bilanzsitzung den Mitbestimmungsträgern Einblick in den dafür notwendigen Wirtschaftsprüferbericht gegeben wird. Man liest die Bilanz fast eher in den Tageszeitungen, als daß sie den Aufsichtsräten in der Bilanzsitzung zugestellt werden. Solange daher das Geschäftsgeheimnis unangetastet bleibt, ist die Informationspflicht ein hohles Wort, unüberprüfbar und unkontrollierbar!

Die gegenwärtige Mitbestimmung versucht, den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital zu verschleiern; und die Aufgabe von Betriebsräten müßte sein, diesen Schleier lüften zu helfen. Solange aber diese Mitbestimmung nicht ersetzt werden kann durch Gegenmachtorgane der Belegschaften, die die Mitbestimmung von unten organisieren, ausgehend von Veto-Rechten und als ersten Schritt hin zur Arbeiterkontrolle, sollten die Betriebsräte ohne Illusionen in die durch das ArbVG geregelten Mitbestimmungsgremien hineingehen, um dadurch konsequent den wahren Charakter dieser Mitbestimmung vor der Kollegenschaft aufzuzeigen und zur Überwindung der Illusionen in sozialpartnerschaftliches Handeln beizutragen. Das ist aber wiederum nur dann möglich, wenn eben Wege gefunden werden, in die Beleschaft alle Informationen und Erfahrungen der Betriebsräte innerhalb der Mitbestimmungsgremien hineinzutragen und das ArbVG zu umgehen.

Es scheint wenig sinnvoll zu sein, zum Beispiel nicht in den Aufsichtsrat zu gehen, wenn die Belegschaft noch Illusionen in diese Mitbestimmungsmöglichkeit hat. Im Laufe einer Auseinandersetzung im Betrieb kann daraus ein vehementer Vorwurf der Kollegen an die Betriebsräte werden, indem diesen vorgeworfen werden kann, nicht wirklich alle Möglichkeiten des Widerstandes ausgenützt zu haben.

Anstatt daß aus der Auseinandersetzung, die auch im Aufsichtsrat mit aller gebotenen Vorsicht ihren Ausdruck finden müßte, eine Hebung des Klassenbewußtsein durch Überwindung sozialpartnerschaftlicher Illusionen herausgeholt wird, könnte eine Kluft zwischen Belegschaft und Betriebsräte sich hervortun, die verbunden wäre mit einer Stärkung der Illusionen in die Sozialpartnerschaft. ("Mit einem Betriebsrat, der auch im Aufsichtsrat auf den Tisch haut, würden wir besser fahren.")

Aus einer abstrakt richtigen Position - daß klassenbewußte Betriebsräte nichts in einem Aufsichtsrat zu suchen haben - kann, wenn sie zur falschen Zeit umgesetzt wird, ein sektiererisches und schädigendes Verhalten gegenüber der Mehrheit der Belegschaft werden.

Klassenbewußte Betriebsräte sollten immer einen Schritt vor der Belegschaft sein, aber sie sollten sich nach jedem neuerlichen Schritt vergewissern, ob die Belegschaft auch noch hinter ihnen steht. Die Handlungen der Betriebsräte sollten vom Gros ihrer Belegschaften auch nachvollziehbar sein!

Auswirkung des "Sparpaketes"

Eine im April 96 durchgeführte Befragung des Fessl + GFK-Institutes über die Auswirkungen des Sparpaketes ergab folgendes: 22% der ÖsterreicherInnen fühlen sich "sehr stark", weiter 34% "eher stark" vom Sparpaket betroffen. Der Anteil der "stark"-Betroffenen ist um 7% höher als im Jänner 96. Hauptsächlich gespart wird bei längerfristig wirksamen Bereichen wie finanzielle Reservebildung sowie "Sparen". Obwohl die Mehrheit der Leute angeben, sie wissen, daß man dadurch einen längerfristig immer wichtigeren Sektor finanziell weniger gut absichere als bisher. Gespart wird außerdem bei Investitionen in der Wohnung, beim Auto, aber auch recht stark beim täglichen Bedarf wie Essen, Kleidung und Haushalt sowie "natürlich" beim Urlaub und bei den Hobbies. (Standard v. 14.6.96)

ÖGB - News

Jahresbeschäftigungs-Modell für die Baubranche

Die Gewerkschaft Bau-Holz hat sich mit den Arbeitgebervertretern der Baubranche auf ein Jahresbeschäftigungs-Modell geeinigt. Die Gewerkschaftsführung feiert diese Einigung als "zukunftsweisende Lösung". Die Regierung plant, das Arbeitszeitgesetz überhaupt zu verändern. Die ÖGB-Führung ist bereit, der Wirtschaftskammer bei Arbeitszeit-Modellen weit entgegen zu kommen, damit diese nicht vom Verhandlungstisch aufstehen und z.B. die Lohnverhandlungen platzen läßt. Die Kapitalisten wollen die Normalarbeitszeit ausdehnen und z.B. die Überstunden-Zuschläge abschaffen. Im ÖGB-Nachrichtendienst vom 7.6. 1996 (Nr. 2847) ist folgende Presseerklärung der ÖGB-Führung veröffentlicht worden:

>> Das Jahresbeschäftigungs-Modell sieht im wesentlichen die Ausweitung der Normalarbeitszeit in der Sommerperiode auf bis zu 45 Wochenstunden vor. Um dem Arbeitnehmer eine Erholungspause zu ermöglichen, ist jede zweite oder dritte Arbeitswoche in der Sommersaison eine kurze Woche, in der nur bis zu 36 Stunden gearbeitet werden darf. Diese Ausweitung bewirkt eine Verlängerung des Dienstverhältnisses um rund zwei Wochen durch die im Sommer über die 39 Stunden hinausgehenden angesparten Gutstunden.

Diese Maßnahmen bewirken, daß die Dienstverhältnisse von bisher nicht durchbeschäftigten Arbeitnehmern um bis zu sechs Wochen verlängert werden und daher in der Regel eine Beschäftigung bis über den 6. Jänner hinaus gewährleistet ist. Als Gegenleistung erfolgt eine Sicherung der Bezahlung der Weihnachtsfeiertage für alle Bauarbeiter durch die Schaffung eines Weihnachtsfeiertags-Fonds im Rahmen der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse, der mit Arbeitgeberbeiträgen gespeist werden soll. Wie Sozialminister Hums dazu betonte, werde diese Maßnahme zu einer Entlastung der Arbeitslosenversicherung im Ausmaß von 300 Mio. S führen und könnte die Arbeitslosigkeit für 40.000 Personen verringern.

Zu den "haarigsten" Verhandlungspunkten zählte, so der Vorsitzende der Gewerkschaft Bau-Holz, Johann Driemer, der künftige Ausgleich für die Gutstunden. Nach der neuen Vereinbarung werden Bauarbeiter für Gutstunden zehn Prozent erhalten.(...)

Die KV-Löhne für die rund 150.000 Arbeitnehmer in Bauindustrie und -gewerbe werden rückwirkend mit 1. Mai 1996 um 2,4 Prozent erhöht. Der Tarif wurde für zwölf Monate vereinbart. Mit 1. Mai 1997 werden die KV-Löhne um 2,8 Prozent angehoben. (Ew) <<

Flexibilisierung bedeutet Arbeitszeitverlängerung und Lohnverlust!

In der gleichen Ausgabe des ÖGB-Nachrichtendienst ist auch eine Presseerklärung der Gewerkschaft HGPD zu lesen. Eine Frage drängt sich nach dem Lesen der Entschließung des Zentralvorstandes auf: Wird die HGPD bereit sein, für ihre Forderungen auch offensiv zu kämpfen? Ein Auszug:

>> Zu den Forderungen der Unternehmer nach mehr Flexibilität der Arbeitszeit verfaßte der HGPD-Zentralvorstand eine Entschließung, in der es heißt: "Das derzeitig geltende Arbeitszeitgesetz läßt ausreichend flexibel gestaltete Arbeitszeiten zu.

Eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten, wie sie von der Arbeitgeberseite gewünscht wird, hätte nachteilige Folgen für den Arbeitsmarkt und für die Einkommen der Beschäftigten durch den Wegfall von Überstundenzuschlägen.

Es gibt daher keinen Grund, den Wünschen der Arbeitgeberseite nach einer weiteren Flexibilisierung oder nach einer Lockerung des Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetzes (KJBG) nachzugeben."

"Die Forderung der Arbeitgeberseite nach einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten ist ein getarntes Programm zur Arbeitszeitverlängerung und zielt ausschließlich auf eine Senkung der Lohnkosten ab. Die Unternehmer fordern eine Reduzierung der täglichen Ruhezeiten auf acht Stunden, eine Erhöhung der täglichen Maximalarbeitszeit auf zwölf Stunden und wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 26 Wochen, also ein halbes Jahr, bis zu 60 Stunden pro Woche beschäftigen können", zitierte HGPD-Vorsitzender Rudolf Kaske aus einem Positionspapier der Wirtschaftskammer Österreich.

"Diese Unternehmerwünsche", so Kaske weiter, "würden zudem keinen einzigen Arbeitsplatz mehr schaffen, dafür aber die ohnehin schon schwierigen Arbeitsbedingungen im privaten Dienstleistungsbereich, vor allem aber in der Hotellerie und Gastronomie, weiter erschweren".

"Der österreichische Tourismus steckt momentan in einer Angebotskrise. Ein nicht marktgerechtes Angebot kann aber nicht dadurch verbessert werden, daß man die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit der Tourismusmitarbeiter ausdehnt, Überstundenzuschläge und damit die Einkommen der Beschäftigten stutzt und in der Nacht Lehrlinge statt erwachsener Mitarbeiter beschäftigt", meinte der HGPD-Vorsitzende.

Obwohl insbesondere im Hotel- und Gastgewerbe bereits jetzt die Arbeitszeitregelungen äußerst flexibel seien, wäre die Gewerkschaft HGPD bereit, über weitere Arbeitszeitflexibilisierungen, die über die im Arbeitszeitgesetz und im Kollektivvertrag bereits vorgesehenen Möglichkeiten hinausgehen, zu verhandeln. "Oberstes Prinzip", betonte Kaske, "muß dabei aber die Freiwilligkeit der Arbeitnehmer sein. Um vor allem in Kleinbetrieben, in denen es keinen Betriebsrat gibt, sicherzustellen, daß es weder zu Einkommensverlusten noch zu unzumutbaren Arbeitszeiten kommt, muß unsere Gewerkschaft in betriebliche Vereinbarungen über weitere Flexibilisierungen als Vertragspartner eingebunden sein." (Ew) <<

P.S. Die Unternehmer-Wünsche bezüglich längeren Ladenöffnungszeiten (jetzt verstärkt aufgrund der Verlängerung in der BRD) liegen dabei auch noch auf dem Tisch - diesmal auf jenem der GPA.

Kommunalwahlrecht für alle!

Für ein klares Zeichen gegen Rassismus und fehlende Demokratie am 13. Oktober!

Am 13. Oktober finden in Wien die Gemeinderatswahlen statt. Wiederum sind Abertausende vom Wahlrecht ausgeschlossen. Es handelt sich um Menschen, die genauso wie die "InländerInnen" arbeiten, Steuern und Sozialabgaben zahlen usw.

Ist das Demokratie?

Um gegen Rassismus und fehlende Demokratie in Österreich ein klares Zeichen zu setzen, hat sich ein überparteiliches Personenkomitee gegründet, das am 13.Oktober 1996 zu den offiziellen Gemeinderatswahlen in Wien Parallelwahlen organisieren will. Es sollte bis dahin so umfassend wie möglich bekannt gemacht worden sein, daß an großen Plätzen in Wien nicht-wahlberechtigte ImmigrantInnen ebenfalls die Möglichkeit haben, ihre Stimme einer der wahlwerbenden Parteien zu geben. Natürlich sind auch wahlberechtigte ImmigrantInnen und ÖsterreicherInnen eingeladen, am 13.Oktober sozusagen ein zweites Mal zu wählen. Dabei geht es vor allem darum, daß zugleich eine "Wählerliste" aufliegt, auf der das "Wahlvolk" mit Name und Unterschrift zur Frage des kommunalen Wahlrechts für alle Stellung nehmen kann.

Eine erfolgreiche wienweite Aktion am 13.Oktober (mit einer medienwirksamen Wahlzettel- und Unterschriftenlisten- Übergabe usw.) könnte ein kräftiger Start für weitere antirassistische Aktionen, für das kommunale Wahlrecht, gegen antidemokratische Gesetze usw. sein.

Folgende Organisationen unterstützen bisher diese Initiative (Stand vor dem Organisationstreffen am 12.6.96): Bewegung Rotes Wien, Demokratie für Alle (DFA), Gewerkschaftlicher Linksblock, Grüner Klub im Rathaus, Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE), Kommunistische Jugend und KPÖ, SOAL, Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV).

Es haben sich bereits viele Einzelpersonen und weitere Organisationen angeschlossen - Infos darüber und wie man/frau diese Initiative unterstützen und sich beteiligen kann gibt es bei der SOV.

[*Informationen:* SOV, Postfach 2, 1082 Wien, Telefon 59 70 432 - oder bei den unterstützenden Organisationen]

Sozialistische Offensive VORWÄRTS - SOV - gegründet

Am 3. Mai 1996 wurde im Kongreßhaus in Wien die Sozialistische Offensive VORWÄRTS - SOV gegründet. Die SOV arbeitet in der internationalen sozialistischen Organisation "Komitee für eine Arbeiterinternationale" (Committee

for Worker's International - CWI). Über 150 Perso-Gründungsveranstaltung teil. Bereits im Mai nahpen der SOV ihr Tätigkeit auf. Es wurden Grußneue sozialistische Organisation gerichtet - un-SOAL, GLB, JRE, GE und von ehemaligen Vereins "Interkulturelles Lernen" sowie von beiterInnen organisieren außerdem den und sind in der Gewerkschaft und bei Juropa aktiv. Weltweit befindet sich die Lindowspapen page liebe Berteine LWI in der Sozialistich der Lindowspapen page liebe Berteine der Lindow

nen nahmen an der men die Ortsgrupbotschaften an die ter anderen von: ÖDP,
MitarbeiterInnen des der CWI. Vorwärts-MitarGewerkschaftsStammtisch gend gegen Rassismus in Euke in organisatorischen Verän-

derungen; neue linke Parteien und Wahlbündnisse entstehen - z.B. in der Türkei, in Mexico, in Großbritannien ... Die Streikbewegungen in Europa zeigen deutlich das politische Potential der Arbeiterbewegung. Die SOV will ihren Beitrag zum Aufbau der internationalen, sozialistischen Arbeiterbewegung leisten.